

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 12. März 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Wählt Hindenburg — schlägt Hitler!

Wer Kampf um die Neuwahl des Reichspräsidenten ist in vollem Gange. Die Entscheidung, die das deutsche Volk am Sonntag, dem 13. März 1932, zu treffen hat, wird im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Gesamtlage Deutschlands namentlich für die deutsche Arbeiterschaft zu einer schicksalsschweren politischen Reifeprüfung.

Seit den verhängnisvollen Septemberwahlen des Jahres 1930 ist die Verteidigung der Demokratie und der Arbeiterrechte gegenüber dem Ansturm der kapitalistischen Reaktion und dem machtlüsternden Hitler-Faschismus zum Kernproblem der deutschen Innenpolitik geworden.

Die kluge Taktik der Sozialdemokratie im Reichstage hat es zuwege gebracht, daß die volksfeindlichen Pläne und Absichten der famosen Harzburger Kumpanei innerhalb des Parlaments keine Mehrheit fanden.

Parlamentarisch ist der sogenannte Nationalsozialismus geschlagen. Ihre parlamentarischen Niederlagen hat die Hitler-Fraktion des Reichstages durch ihre wiederholte Flucht aus dem Reichstage selbst aller Welt deutlich demonstriert. Von dem „Wirken“ der Hakenkreuzparlamentarier im Reichstage bleibt nichts übrig als eine Häufung von Blamagen und — um eine Stilübung aus dem nationalsozialistischen Wahlaufruf zu den letzten Reichstagswahlen zu gebrauchen — die „Entlarvung des größten Lügensystems aller Zeiten“. Angefangen von der Wahl des Reichstagspräsidenten, bei der die Nazifraktion auf Geheiß und Wunsch des Bank- und Börsenfürsten Dr. von Stauff für den mit einer Jüdin verheirateten Führer der Deutschen Volkspartei und vielfachen Aufsichtsrat Dr. Scholz gegen den Sozialdemokraten Paul Löbe eingetreten ist, über die Anerkennung des Zinsendienstes und damit Verleugnung der bei der Agitation marktschreierisch geforderten „Brechung der Zinsknechtschaft“ bis zu der feigen Drückebergerei bei der Abstimmung über den Antrag, der eine sofortige Einstellung der Reparationszahlungen verlangte, lieferten die Nationalsozialisten buchstäblich den durchschlagenden Beweis, daß ihre Agitation nichts anderes ist als Sand in die Augen des Volkes und wohlberedneter Dummenfang.

Seit dem offenen Bündnis, das man in Bad Harzburg mit dem Stahlhelm, den Deutschnationalen und den reaktionären Kreisen der Schwerindustrie eingegangen ist, mühte es eigentlich auch dem beschränktesten Verstande klanggeworden sein, daß die Partei des Hakenkreuzes mit der Vertretung von Arbeiterinteressen wirklich nichts gemein hat. Zudem hat der Oberosaf Hitler durch seine in letzter Zeit beliebten Zusammenkünfte hinter verschlossenen Türen mit den Vertretern der Schwerindustrie keinen Zweifel darüber gelassen, daß er für die Interessen der kapitalistischen Großunternehmer volles Verständnis hat. Dr. Goebbels hat kürzlich im Reichstag das Wort variiert: „Sage mir, wer dich lobt, und ich sage dir, wer du bist.“ Gut,

wir greifen dieses Wort auf! Herr Hitler und seine Partei erfreuen sich nicht nur des Lobes, sondern auch des Wohlwollens der Scharfmacher im Unternehmerlager. Eines Wohlwollens, das auch in reichen Geldspenden für die volksvergiftende Nazipropaganda zum Ausdruck gelangt. Darüber hinaus lobt die gesamte reaktionäre Journaille die Braunhemdenpartei in allen Tonarten. Verdächtig, dieses Lob, verdächtig, Herr Dr. Goebbels! Ja wohl, dieses Lob aller Rückwärtler in Deutschland zeigt klar und deutlich, daß die Nationalsozialisten die getreuen Soldknechte der kapitalistischen Reaktion sind!

Was wollen die Nationalsozialisten? Mit den geschwollenen und verschwommenen Phrasen des sogenannten Programms der Nazis ist nichts anzufangen. Der Reichsminister des Innern, Herr Groener, berührt eine sehr verwundbare Stelle, wenn er in seinem offenen Brief an Hitler diesen auffordert, endlich einmal seine politischen Ziele klar hervorzuheben, um zu zeigen, was er eigentlich wolle. Herr Groener wird lange auf eine klare Antwort warten können.

Die Nazis wissen nämlich selbst nicht, was sie eigentlich wollen. Nur in einem Punkte sind die Ritter vom Hakenkreuz sich einig und zielklar: in dem abgrundtiefen Haß gegen alles, was mit den Begriffen der Demokratie, dem republikanischen Staatsbürgertum und einer selbständigen Arbeiterbewegung irgendwie in Zusammenhang zu bringen ist. Diesen „Marxismus“ will der Heimkrieger Frick „ausrotten mit Stumpf und Stiel“, während der jüngste Parteibuchbeamte Deutschlands, der neugebackene Regierungsrat Hitler, dabei „die Köpfe rollen lassen will und Herr Stöhr der „Seilerei zu einer Hochkonjunktur durch ein Massenaufhängen von Republikanern verhelfen“ möchte. Das Dokument von Bogheim, der Verfassungsentwurf, den Hitler nach seinem Dutsch im Jahre 1923 in Kraft setzen wollte, der Antrag Dr. Frick und Genossen im Reichstag vom 12. März 1930, enthüllen die wahre Gestalt des „Dritten Reiches“, das uns Herr Hitler bescheren will. Dieses „Dritte Reich“ wäre nichts anderes als ein vollendeter Zuchthausstaat, ein Staat der Willkür und der Rechtlosigkeit, der Barbarei und des Terrors! Solchen fragwürdigen Volksbeglückern kann und darf Deutschland nicht ausgeliefert werden. Deshalb muß der Faschismus am Tage der Präsidentenwahl durch die Niederlage seines Kandidaten Adolf Hitler entscheidend aufs Haupt geschlagen werden! Deshalb wählen wir Hindenburg!

Die Niederlage der Faschisten bereits im ersten Wahlgange wäre tobischer, wenn die Kommunisten sich nicht auch jetzt wieder die Aufstellung ihres ans Durchfallen schon gewöhnten Teddy Thälmann erlaubt hätten. Die KPD bleibt also der Rolle treu, die sie während der letzten Jahre zur hellen Freude aller politischen Dunkelkammer in Deutschland

gespielt hat; sie spielt auch jetzt wieder den Zutreiber der Reaktion.

Wie am 9. August 1931 beim Volksentscheid in Preußen, stärken die Kommunisten durch die Aufstellung der völlig ausichtslosen Zählkandidatur Thälmanns auch heute wieder die Reaktion. Damals hat die kommunistische Presse selber wochenlang auf das schärfste gegen den Stahlhelmvolksentscheid geschrieben, und die kommunistischen Redner haben sich nicht genug darin tun können, den Angriff der Rechtsparteien auf das republikanische Preußen zu brandmarken, bis auf einmal — die Moskauer Befehle müssen eben befolgt werden — zum Erstaunen selbst der kommunistischen Arbeiter, die KPD Schulter an Schulter mit den Hitlerfaschisten und den Stahlhelmlieuten den Sturm auf die preußische Bastion der deutschen Republik mitmachte. — Im Leitartikel des „Berliner Tageblatt“ vom Sonntag, 6. März, ist nun folgendes zu lesen:

„Vor kurzem ist eine Delegation der deutschen Kommunisten unter Führung des Herrn Kemmele in Moskau gewesen und hat dort um Weisungen oder Ratschläge ersucht. Nach einem unweifelhaft authentischen Bericht — authentisch ist zum mindesten der wesentliche Inhalt — hat der Sprecher der Sowjetregierung, Manuilski, den Deutschen erklärt: „Der Hauptfeind ist nicht Hitler, aber auch nicht die Sozialdemokratie ausschließlich, der Hauptfeind ist der Begriff Brüning - Severing - Hindenburg.“ — „Das heutige Regime in Deutschland habe den Staatsapparat festigt, und die Zertrümmerung des Staatsapparates und Polizeiapparates sei das erste Gebot.“ — „Also ist“, hat Manuilski geschlossen, „in dem gegenwärtigen Abschnitt Hitler unser, wenn auch unbewußter Bundesgenosse.“

Schöne Seelen finden sich, und um den unbewußten Bundesgenossen Hitler“ beneiden wir die KPD. wahrhaftig nicht. Was aber sagen die kommunistischen Arbeiter zu einem solch schändlichen Spiel? Der Verfasser des Artikels im „Berliner Tageblatt“ trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er weiter schreibt:

„Man ist, wie aus dieser schönen Phantasielieferung hervorgeht, in Moskau etwas fern von den Tatsachen und der deutschen Wirklichkeit. Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft würde den Staatsapparat nicht beseitigen, sie würde ihn natürlich nur zum Instrument brutalster Unterdrückung machen, die prompte Bedienung ihren resoluten Anhängern und Leibgarden unter der Leitung erfahrener Offiziere anvertrauen, und zertrümmert würden nur die Arbeiterorganisationen, zer schlagen die Rechte der Arbeiterschaft und, in kurzem Verfahren und auf endgültige Weise, die kommunistischen Schädel sein.“

Klar erkennen, worauf es ankommt! Das ist der Appell, den wir am Tage der Reichspräsidentenwahl

an die gesamte Verbandskollegenschaft richten müssen. Vor der entscheidenden Aufgabe: dem Faschismus eine Niederlage zu bereiten, von der er sich nicht wieder erholen kann, müssen alle anderen Bedenken und Ueberlegungen zurücktreten. Wir wollen den Faschismus zu Boden ringen, und das bedeutet, daß Hitler am 13. März geschlagen werden muß.

Wer für Thälmann stimmt, hilft Hitler! Jede Arbeiterstimme, die für Thälmann abgegeben wird, bedeutet eine indirekte Unterstützung des „unbewußten Bundesgenossen“ Moskaus, Adolf Hitler! Zugunsten des „Arbeiters“ Thälmann nehmen wir an, daß

auch er nur unbewußt, als Marionette in der Hand der Moskauer Drahtzieher der Politik der kommunistischen Partei Deutschlands, seinerseits die Rolle des Bundesgenossen Adolf Hitlers zum besten gibt. — Die Nationalsozialisten merken, daß der 13. März 1932 der Anfang vom Ende ihrer Bewegung werden könnte. Sie sind sich ihres Sieges trotz der kommunistischen Wahlhilfe nicht sicher. In einem vertraulichen Rundschreiben erklären sie:

„Der Führer Adolf Hitler hat den Wahlkampf insofern zu einer Prestigefrage gemacht, als er die Parole aufstellte: Entweder siegen wir Nationalsozialisten bei der Reichspräsidentenwahl oder aber die Bewegung wird auf Jahre hinaus zurückgeworfen. Mit anderen Worten, die Reichspräsidentenwahl entscheidet grundlegend über das weitere Schicksal unserer Freiheitsbewegung.“

Den faschistischen Spuk zu verjagen und damit die Voraussetzungen für eine Wiedergeburt unseres politischen Lebens in Deutschland zu schaffen, die Gefahren eines Bürgerkrieges endgültig zu bannen, dem europäischen Frieden zu dienen und der deutschen Arbeiterklasse den Weg frei zu machen für einen neuen Aufstieg,

deshalb schlagen wir Hitler,
deshalb stimmen wir am 13. März 1932 für Hindenburg!
A. Reifner.

Wir schlagen Hitler!

Am 13. März wird mit der Reichspräsidentenwahl die große Schlacht für Volksrechte gegen Diktatur geschlagen. Alle Gliederungen der Eisernen Front gehen in diesen Kampf mit dem festen Willen,

schon im ersten Wahlgang den Sieg zu erringen

Die politische Führung der Eisernen Front hat das Ziel bestimmt: Weder ein Hitler noch ein Duesterberg darf Reichspräsident werden. Auch nicht mit Hilfe der Moskauer Gewalthaber, die mit der Kandidatur Thälmann ein Sprungbrett für Hitler stellen. Mag sich Thälmann noch so sehr bücken, auch über seinen Rücken hinweg darf Hitler den Stuhl Friedrich Eberts nicht erreichen. Weil Hindenburg den Eid auf die Verfassung nicht nur geschworen, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmäßig sein Amt versah — darum will man ihn vom Platze stoßen. Der Weg zu Staatsstreich und Verfassungsbruch soll freigemacht werden. Eiserner Front! Jetzt gilt es zu kämpfen! Hitler muß geschlagen werden! Schlagt Hitler, und die faschistische Front zerbricht! Die Eiserner Front kämpft, sie diskutiert nicht. Jetzt gilt es, in eiserner Disziplin der Führung zu folgen. Sieg ist die Parole! Sieg unserer Sache, nicht eines Namens.

Hindenburg ist nicht ein Mann der Eisernen Front. Aber

Hindenburg steht gegen Hitler Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler!

Jede Stimme für Thälmann ist eine Stimme für Hitler. Darum entscheidet sich die Eiserner Front für Hindenburg und kämpft gegen Hitler.

Eiserner Front!
Vorwärts zum Angriff!
Am 13. März wird Hitler geschlagen!
Die Reichskampfleitung der Eisernen Front

Reiß dich ein!

Millionen stehen in Reih' und Glied.
Millionen marschieren in gleichem Schritt.
Rot und schwarzrotgold wehen die Fahnen,
Gegner zu warnen, Zweifler zu mahnen:
Unser das Volk!
SPD., Reichsbanner, Turngenossen
Sind zur Eisernen Front geschlossen.

Hammerschaften reihen sich ein.
Kampfesfroh halt es von Weichsel bis Rhein:
Unser der Sieg!
Unser das Volk und unser die Kraft!
Unser der Geist, der Großes schafft!
Reihe dich ein! Die Lösung soll sein:
Reiß dich ein! Die Lösung soll sein:
Reiß dich ein! Die Lösung soll sein:
Unser die Macht!
Hans Heibaut.

Wirtschaftliche und politische Bedeutung der Präsidentenwahl

Der deutsche Wähler hat es gegenwärtig schwerer denn je, sich in der politischen Wirrnis dieser Zeit zurechtzufinden. Wer nicht seit Jahr und Tag die politischen und wirtschaftlichen Probleme systematisch verfolgt, fällt in Zeiten der Wahl leicht einer Parteidemagogie zum Opfer.

Wie stehen wir gegenwärtig in Deutschland? Zwar besteht im Augenblick noch das Moratorium des Young-Plans. Seit Juli 1932 zahlen wir keine Reparationen, und es erscheint auch ziemlich sicher bei normaler politischer Entwicklung, daß für mindestens ein weiteres Jahr diese Belastung der deutschen Wirtschaft vorerst wegfällt. Würde indessen Hitler als Reichspräsident gewählt, so wäre ganz sicher eine neue außenpolitische Situation geschaffen, über die wir uns keinen Illusionen hingeben dürfen. Denn wir haben schon einmal eine ähnliche Rechnung aufs Exempel machen müssen: Bei den Septemberwahlen 1930 — das kann man heute ohne jede Übertreibung feststellen — ist die gewaltige Verstärkung der Wirtschaftskrise in Deutschland entscheidend mitbestimmt worden!

Ueber eine Million mehr Arbeitslose

war der „Erfolg“ des nationalsozialistischen „Sieges“. Die Vertrauenskrise des ausländischen Kapitals setzte mit ganzer Schärfe ein. Die Milliardenkredite wurden uns gekündigt von Frankreich, Amerika usw., und die deutsche Wirtschaft wurde zum erheblichen Teil weiter brachgelegt. Die wirtschaftlichen Folgen waren fürchterlich. Aber auch im Inlande entstand eine Vertrauenskrise. Mehr denn acht Milliarden deutschen Kapitals flüchteten ins Ausland! Viele Fabriken wurden geschlossen. Es kam in wenigen Monaten dann zu dem bekannten Ansturm auf Banken und Sparkassen. Die Bankzusammenbrüche folgten, und wiederum schrumpfte die deutsche Wirtschaft erheblich zusammen. Das Heer der Arbeitslosen wuchs in die fünfte und später sechste Million.

Vielleicht ebenso schlimm aber war die politische Auswirkung der Reichstagswahl. Denn dieser Reichstag war so gut wie arbeitsunfähig, wie sich bald erwies. Die Demonstrations- und Radaupolitik — abwechselnd und gemeinschaftlich von Faschisten und Kommunisten gepflegt — vermochte zwar nicht, den Sturz der Regierung Brüning herbeizuführen, noch das Hitler-Regiment aufzurichten, aber anstatt einer geordneten parlamentarischen Gesetzgebungsarbeit wurden wir mit Notverordnungen regiert.

Diese Notverordnungen sind unseren Kollegen wahrlich teuer zu stehen gekommen.

Und doch gibt es noch viele, die nicht klar erfasst haben, daß gerade durch die faschistischen und kommunistischen Methoden kaum ein anderer Weg übrigblieb. Sie sind also die eigentlich Verantwortlichen für dieses Notverordnungs-system, in dem wir nun schon seit bald anderthalb Jahren stecken. Keine politische Demagogie, die in diesen Tagen Triumph feiert, kann an diesen Tatsachen etwas ändern.

Für die Arbeitnehmer, soweit sie in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie organisiert sind, ergibt sich daraus eine klare Linie: Wir können uns weder mit Thälmann verbinden und damit indirekt als Hilfstuppe Hitlers wirken, noch können wir abseits stehen und den politischen Kampf anderen überlassen, sondern wir müssen uns in diesen Tagen entscheiden. Es gilt die Konsequenzen aus der Eisernen Front zu ziehen: **Wir müssen Hitler schlagen!**

Wohl wissen wir, daß die Großindustriellen, aber auch die Bank- und Börsenfürsten Millionen in diese Wahl hineinstecken. Der Scheinsozialismus und die radikale Wortdemagogie Hitlers und seiner Trabanten auf der einen Seite sollen die Arbeiter irreführen, während auf der anderen Seite ein gewaltiger Propagandaapparat aufgezogen

wird. Es ist festgestellt, daß der Kampfschatz Hitlers allein für Münchner Zwecke über 1,5 Millionen Mark beträgt. So erleben wir in dieser letzten Wahlkampfwoche, daß eine Wahllügenfabrik eröffnet worden ist, wie wir sie in der Vorkriegszeit nicht einmal bei den Hottentottenwahlen hatten.

Die zahlreichen anonymen Zuschriften, die unsere Redaktion allein in den letzten Tagen bekommen hat, beweisen, mit welcher verbissener Wut, aber auch mit welchem Eifer im Lager der Hitler-Leute gekämpft wird. Diese irreführenden Massen haben sich ja niemals ernstlich mit Politik und Wirtschaft beschäftigt. Sie sind Gläubige schlechtweg, und es fällt außerordentlich schwer, sie aufzuklären. Es bedarf dazu bestimmter Tatsachen und Vorgänge. Ein solcher unzweideutiger Vorgang aber muß die

Niederlage Hitlers in diesem Wahlkampf

werden. Die Arbeitnehmerschaft muß den Kampf in diesen Tagen ganz scharf führen auf der ganzen Linie; jetzt muß gesagt werden: Wählen wir Hitler, so droht das Zeitalter der schlimmsten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Reaktion. Wählen wir Hindenburg, der in den sieben Jahren seiner Reichspräsidentenschaft bewiesen hat, daß er treu zur Weimarer Verfassung steht, so verhindern wir eine weitere katastrophale Verschlimmerung unseres wirtschaftlichen und politischen Zustandes in Deutschland. Es gilt jetzt, dem Nazispuk eine schwere Schlappe beizubringen, so daß er sich davon nicht wieder erholen kann.

Aber ebenso deutlich müssen wir auch zum Ausdruck bringen, daß jeder Stimmzettel für Thälmann eine indirekte Unterstützung Hitlers ist. Wir können uns in dieser Zeit der klaren Fronten nicht den Luxus einer Zählkandidatur leisten. Wir müssen alles daran setzen, möglichst im ersten Wahlgang Hitler endgültig zu schlagen. Gewiß wäre es uns lieber gewesen, wenn eine sozialistische Kandidatur auch von den Kommunisten unterstützt worden wäre. Sie aber wollen keinen Sozialisten wählen, sondern bezeichnen in schier unbegreiflicher Verblendung die Sozialdemokratie als „Hauptfeind“. Es blieb mithin der Sozialdemokratie gar keine andere Wahl in dieser Situation, sonst hätte sie ja auch nur eine Zählkandidatur aufgestellt! Uns scheint aber die Zeit zu ernst, um solche Experimente zu machen und unseren Gegnern dadurch den Sieg zu erleichtern.

Alle Arbeitnehmer aber dürfen sich nicht darüber täuschen: Bei einer Reichspräsidentenschaft Hitlers würde nicht nur die kommunistische Partei am Ende ihrer öffentlichen Agitation sein, sondern darüber hinaus würden die Nationalsozialisten hemmungslos und mit allen Mitteln der Gewalt versuchen, die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei und die Freie Sportbewegung zu vernichten, ja der gesamte sozialistische Kulturaufbau würde von ihnen vernichtet werden. Aber auch das Ende des demokratischen Wahlrechts, jeglicher Sozialpolitik, der Betriebsräte und der Arbeitslosenversicherung wäre die unmittelbare Folge. Das Großunternehmertum liegt auf der Lauer, um mit Hilfe seiner Prätorianergarde, der Nationalsozialisten, eine Diktatur herbeizuführen unter Anwendung aller staatlichen Machtmittel. Natürlich würde die Eisernen Front der Arbeitnehmer nicht verzweifeln, sondern die Folge wäre höchstwahrscheinlich der Bürgerkrieg! Er hätte ohne Zweifel weitere wirtschaftliche Verwüstung im Gefolge sowie außen- und innenpolitische Konflikte aller Art. Darum wollen wir

am 13. März unsere Stimme Hindenburg geben

und damit zum Ausdruck bringen: Wir wollen auf dem Boden der Weimarer Verfassung Deutschlands Wiederaufstieg! Die Not der Wirtschaft ist die Not der Arbeitslosen. Diese Not kann niemand mit Wundermitteln beseitigen, aber sie zu vergrößern, ist unverantwortlich! Es ist unsere Pflicht, im Kampf gegen Hitler alles daran zu wenden **Schlagt Hitler!**

E. D

Reichspräsidentenwahl und Kommunen

Der National-,sozialismus" erstrebt die Beseitigung des demokratischen Staatswesens. Seine Forderung nach der Diktatur — sein Schrei nach dem starken Manne stellt in Wirklichkeit eine gewaltsame Zurückschraubung der Entwicklung des deutschen Staatswesens auf die Zeitepoche der absoluten Herrschaft des Staates dar. Bei dieser Zielsetzung läßt man zunächst das monarchische Prinzip nicht allzu stark in den Vordergrund treten. Man entbehrt formell den Monarchen, man wahrnt damit den Schein der Republik, um auf dieser Verfassungsgrundlage um so leichter eine eigenmächtige Trägerschaft der Staatsgewalt durchzuführen. Ein Beispiel dafür ist u. a. der Schwur Hitlers auf die Reichsverfassung.

Aus den Äußerungen der national-,sozialistischen" Führerschaft ist erkennbar, daß die Errichtung eines Obrigkeitsstaates geplant wird. Stellen wir dabei das Gerede vom Massenproblem, von Bildung, Besitz usw. in die Betrachtung, dann offenbart sich sehr deutlich die Staatsidee des National-,sozialismus". Diese Zielsetzung bedeutet Ausschaltung des größten Teiles des deutschen Volkes als Staatsbürger bei der Selbst- bzw. Mitverwaltung ihrer politischen Angelegenheiten im Staate und in den Kommunen. Die besitzlose Klasse Deutschlands soll nicht mehr Mitträger der Staatsgewalt und Subjekt im Staatswillen sein. Wie ehemals soll die „ungebildete" Klasse zum Objekt des Staatswillens herabgewürdigt werden. Im „Dritten Reich" wird der Staatswillen nicht mehr von allen Staatsbürgern gebildet, sondern von den Häuptern des Besitzes, der Bildung usw., wo ja gerade in der Gegenwart, durch das Auftreten dieser Häupter auch im Reichstag, in den Länder- und Gemeindeparlamenten wie in Versammlungen und der Presse ein guter Anschauungsunterricht über die gedachte Bildung des Staatswillens im Dritten Reich gegeben wird.

Das von den National-,sozialisten" erstrebte Ziel kann zwangsläufig nicht nur auf die Trägerschaft der Staatsgewalt beschränkt bleiben. Es muß sich auf die Willensbildung und Herrschaftsgebiete der Kommunen ausdehnen. Ein national-,sozialistisches" Staatswesen ist nur auf der längst der Vergangenheit angehörenden Verfassungsgrundlage eines Obrigkeitsstaates mit den jener Zeit bestandenen Verhältnissen zwischen Staat und Kommunen möglich. So wie man zunächst den Schein eines demokratischen Staatswesens wahrnt, wird man den Schein einer Selbstverwaltung der deutschen Gemeinden bestehen lassen. Tatsächlich aber würde die Willensbildung und Herrschaftsgewalt der Kommunen auf den Stand vor dem Reformwerk des Freiherrn vom Stein im Jahre 1808 herabzinken. Sie würden wieder nur Verwaltungsbezirke des Staates werden, wofür Italien und andere faschistische Staaten Beispiele sind. Auf dem Wege obrigkeitlicher Anordnungen muß der faschistische Staat aus Selbsterhaltungstrieb die Willensbildung und Herrschaftsgewalt der Kommunen bestimmend beeinflussen. Die Entwicklung der deutschen Selbstverwaltung der Kommunen in der Form, daß Teile des Staatsgebietes als Gebietskörperschaften nach dem Willen der Bevölkerung eines Gebietes (Stadt, Landgemeinde usw.) mittels selbstgewählter Organe ihre Angelegenheiten selbständig und auf eigener Verantwortung regeln, würde gewaltsam unterbrochen werden. Das demokratische Prinzip, das die gesamte Bevölkerung in einem Teil des Staatsgebietes zur Ausübung der Kommunalverwaltung heranzieht, müßte verschwinden, oder zur Bedeutungslosigkeit herabsinken. Von oben her kommen dann die Anordnungen über die Zusammensetzung der Stadt- und Gemeindeberate nach Besitz, Bildung und Rasse, wie schließlich die Anordnungen, die die Tätigkeit der Volksvertreter in den Parlamenten auf die dem Faschismus ungefährlichen Gebiete beschränken.

Gerade die Monate, die seit den Wahlen zum Reichstag vergangen sind, zeigen die Gefahren der national-,sozialistischen" Diktatur für die kommunale Selbstverwaltung in abschreckender Weise. Bisher konnten diese Gefahren noch abgewendet werden. Hieraus wird die Haltung und der Kampf der Sozialdemokratischen Partei mit verständlich. Gerade die in der letzten Zeit erlassenen Notverordnungen der Reichsregierung sind durchaus geeignet, die Gefahren, falls eine nationalsozialistische Regierung mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung diktiert, aufzuzeichnen. Die Bestimmung der Reichsverfassung, Artikel 127, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände das Recht der Selbstverwaltung innerhalb der Schranken der Gesetze ausüben, läßt doch die Möglichkeit zu, daß das Reich oder die Länder die Zuständigkeit der Kommunen beschränken und ihnen bestimmte Verpflichtungen auferlegen. Dabei sei nur an das Wohlfahrtserwerbslosenproblem erinnert und der Einstellung der National-,sozialisten" zum Unterstützungsweisen gedacht.

Wir haben die feste Ueberzeugung, daß die besitzlose Klasse stark genug zur Abwehr des Faschismus ist und unter dem Banner der Sozialdemokratie siegen wird. Dieser Kampf ist damit auch auf die Erhaltung der kommunalen Selbstverwaltung gerichtet. Die national-,sozialistische" Seuche muß überwunden werden. Ein Markstein auf diesem Wege ist mit die Reichspräsidentenwahl am 13. März. Der Parole der SPD. gilt es zu folgen:

Schlagt den Nationalsozialismus als Todfeind der staatsbürgerlichen Rechte des Proletariats im Interesse der Erhaltung und des Ausbaus der kommunalen Selbstverwaltung.
W. Schapig.

Hitler ist bereits Gott

Ehe es Hitler vom Bauarbeiter zum Obergendarmen brachte, hat etwas lange gebauert. Auch von da bis zum Regierungsrat war das Tempo noch mäßig. Noch kämpft er um das höchste Amt im Reich, da trifft schon aus Königsberg I. Pr., von wo seit Kant nur die reine Vernunft herkam, die Kunde ein, daß Hitler bereits zum Gott gemacht ist. Das Königsberger Naziblatt „Preußische Zeitung" empfiehlt seinen Pg. nichts Geringeres, als sich einen Hausaltar anzulegen. Doch diese Empfehlung muß man wörtlich genießen. Hier ist sie:

„Wenn wir von der Tatsache ausgehen, daß der Altar in den Kirchen beider Konfessionen den Haupt- und Mittelpunkt ausmacht, so können auch Andersdenkende nichts dagegen sagen, wenn wir in unserm Heim ein Nägchen, das der Ehre Hitlers dient, als Altar bezeichnen. Hitler ist das A und O unserer Weltanschauung, ist der unverrückbare Mittelpunkt unseres politischen Denkens und Tuns. Jedes nationalsozialistische Haus muß eine Stätte haben, wo der Führer uns greifbar nahe ist und unsere Gedanken ihn merkbar umkreisen können. Hier müssen wir täglich kleine Ehrungen in Form von Blumen und Ranken darbringen. Wer nur über bescheidene Mittel verfügt, wird ein Bild des Führers auf einem kleinen Tisch aufbauen und diesen schmücken. Wer eine vollere Börse hat, wird eine Platte von Hitler beschaffen oder ein großes Bild, eine Holzzeichnung oder ein Reliquie. Gedanken und Wünsche sind Kräfte. Werden wir diese geistige Waffe ausführlich und ausgiebig an, denn sie übertrifft an Wirksamkeit alle anderen. Heil Hitler!"

Da war ja selbst Wilhelm II. von rührender Bescheidenheit. Der rief sich in Königsberg nur als Instrument des Himmels aus.

Zu dieser Vergöttlichung Hitlers paßt auch seine Beförderung zum „Helden". In der Ausgabe vom 3. März schwelgt der „Dölkische Beobachter" in folgender ausschweifender Phantasie (frei nach Anny Wothe und Courts-Mahler):

„Adolf Hitler war als Regimentsordonnanz auf dem Wege zum Bataillonsstab in Sperrfeuer gekommen, vermutete hinter einem Hügel das Bataillon, sprang über diese Böschung und geriet in einen von Engländern besetzten Trichter, die ihn sofort aufforderten, sich zu ergeben. Hitler zog keine Pistole als die einzige Waffe, die er hatte, hielt damit nicht nur die Engländer in Schach, sondern nahm sie gefangen und führte sie seinem Regimentsstab zu. Einen Offizier, einen Sergeanten und 13 Mann! Kein Wunder, daß dieser Soldat außer weiteren Auszeichnungen (im ganzen erhielt Adolf Hitler fünf Orden) auch ein Regimentsdiplom wegen hervorragender Tapferkeit vor dem Feinde erhalten hat."

Wie es mit Hitlers Kriegsheldentum in Wirklichkeit aussah, hat sein Regimentskamerad Josef Stettner kürzlich in der Tagespresse geschildert. Hitler lag 10 Kilometer hinter der Front im bombensicheren, gut ausgebauten Unterstand des Regimentsstabes. Seine Meldgänge erstreckten sich höchstens bis zum Bataillonsstab. Dann sagt Stettner:

„Hitler war im Kreise seiner Kameraden als sogenannter „Spinner" verrufen. Auf Deutsch heißt das, daß er auf die Unteroffizierstreffen und auf Auszeichnungen „spann". Unter wirklichen Frontsoldaten ist es ein Geheimnis gewesen, daß das Eisernes Kreuz und besonders die Landesauszeichnungen viel eher bei den Stäben hinter der Front als vorn im Graben zu holen waren. Ich kenne gerade in unserem Regiment viele Offiziersburschen und Ordonnanzen bei den hinteren Befehlsstellen, die eher die „üblichen" Auszeichnungen bekamen als selbst tapfere Offiziere im Graben."

Damit dürfte das Held-Hitler-Reliquie des „Dölkischen Beobachters" wieder etwas abgekühlt werden.

Armes deutsches Volk, wohin bist du geraten, daß du vor aller Welt solche Lächerlichkeiten extragen mußt, und daß man die zumutet, diesen Nazipopanz zum Reichspräsidenten zu wählen!

G. R.

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 11

Berlin, den 12. März 1932

3. Jahrgang

Zukunftsaussichten und -aufgaben der kommunalen Elektrizitätswirtschaft

Auf der Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik am 30. Januar 1932 sprach Bürgermeister Dr. Mohrmann über „Die Zukunftsaussichten und -aufgaben der kommunalen Elektrizitätswirtschaft“. Er führte sinngemäß folgendes aus:

Die stürmische Entwicklung im Verbrauch von Elektrizität führte von den Eigenanlagen und den gewerblichen Anlagen in den Städten über die Ueberlandwerke zu den Großkraftwerken mit ihren Fernleitungen und Kupplungen untereinander. Die Tatsache, daß man den Strom nicht mehr am Orte des Verbrauches, sondern des billigsten Erzeugungsstandortes herstellen kann, brachte in der Elektrowirtschaft eine völlige Umwälzung. Bei Anschließung der Braunkohlenfelder, dem Standort großer Ueberlandwerke, hat die öffentliche Hand bahnbrechend mitgewirkt. Die Fernübertragung schaffte dann auch die Möglichkeit, die Wasserkräfte besser auszunutzen. Hinzukam, daß die Not der Zeit die Konzentrationsbestrebungen immer mehr begünstigte, weil kleine und mittlere Eigenanlagen häufig zum Erliegen kamen. Es ist geplant, ein einheitliches Netz für ganz Deutschland mit Sammelschienen zu schaffen, an welchen die einzelnen Verbrauchsgebiete Anschlußmöglichkeiten haben, um so eine günstigere Wirtschaftlichkeit zu erzielen. Die Fortleitung der Elektrizität geht nicht nur über Kreise, Provinzen und Ländergrenzen, sondern Strombezug und Stromabgabe ist heute schon international. Noch stärker als der Stromausaustausch ist aber eine internationale Verflechtung auf finanziellem Gebiet für die Elektrizitätswirtschaft erfolgt. Die Elektrowirtschaft ist damit aus dem früheren alleinigen Machtbereich der Kommunen hinausgewachsen. Die Interessen von Reich und Ländern haben den kommunalen Anteil ständig weiter zurückgedrängt, so daß heute der Erzeugung nach die im Eigentum von Reich und Ländern befindlichen Unternehmungen überwiegen, während der Leistungsfähigkeit nach die kommunalen Werke noch das Uebergewicht halten. Wenn Reich und Länder diese Machtposition erreicht haben, dann einmal deshalb, weil die Gemeinden bei interkommunalen Regelungen keine Wegebefugnisse besaßen, dann aber auch ihre Kapitalnot mit dazu beitrug, die notwendige Beteiligung an der interkommunalen Elektrizitätswirtschaft zu verhindern. Daß der jetzige Zustand nicht notwendigerweise kommen mußte, beweist, daß in einzelnen Verbrauchsgebieten der kommunale Einfluß auch heute noch fast restlos gewahrt ist. Der Referent schilderte dann den Streit zwischen Reich und RWE und die Gründung der „AG. für deutsche Elektrizitätswirtschaft“. Die Gesamtkontrahenten dieser AG. verfügen über ein Aktienkapital von etwa 6000 Millionen Mark. Das Ziel dieser Gesellschaft ist, eine einheitliche Reichs-Elektrowirtschaft zu schaffen. Redner erwähnte dann die Literatur und verwies auf das „Handbuch der öffentlichen Wirtschaft“, welches von unserem Gesamtverbande herausgegeben ist. Er betonte, daß wir in unserem Handbuch verlangen, daß die planmäßige Reichs-Elektrowirtschaft endlich zur Tatsache werde und daß mit der Ausführung des Programms der AG. für deutsche Elektrizitätswirtschaft begonnen wird.

Durch das Gesetz vom 31. Dezember 1919, betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, erhielt das Reich die Befugnis, das Reichsgebiet nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten in Bezirke einzuteilen und die wichtigen Erzeugungstätigkeiten und Fortleitungsrichtungen gegen angemessene Entschädigungen zu übernehmen. Das Gesetz ist aus finanziellen Erwägungen nicht durchgeführt, aber die Idee ist lebendig ge-

blieben, hat sich fortentwickelt und ihre erste greifbare Gestalt in der genannten AG. für deutsche Elektrizitätswirtschaft gefunden.

Auch der Enquete-Ausschuß hat sich mit der Frage der Elektrizitätswirtschaft beschäftigt. Den Stand der Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft faßt der Referent wie folgt zusammen:

1. Eine in der Bildung begriffene Organisation weniger mächtiger Stromerzeugungs- und Fortleitungsgruppen, die überwiegend in staatlicher Hand oder in der Hand des Reiches sich befinden.

2. Ein immer stärker fortschreitender Aufsaugungsprozeß der „isolierten Werke“ und die Inbesitznahme noch nicht ausgeschlossener Verbrauchsgebiete durch die vorerwähnten Gruppen.

3. Eine Studiengesellschaft des Reiches, an welcher die maßgebenden Elektrizitätsorganisationen beteiligt sind, die jederzeit ihre bisherige theoretische Referatstellung verlassen kann und über den Weg der Gesetzgebung die einheitliche Reichs-Elektrowirtschaft zu übernehmen in der Lage ist.

Der Referent gab dann ein Bild vom Stande der Elektrizitätswirtschaft der einzelnen deutschen Länder. Der Länderbericht lehrt, daß die Großerzeugungs- und Hochspannungsleitungen fast restlos in den Händen von Reich und Ländern liegen. Er zeigt aber weiter, daß sowohl in der Stromerzeugung als auch in der Fortleitung der kommunale Einfluß so bedeutend ist, daß die Städte in der kommenden Entwicklung nicht übergangen und ausgeschaltet werden können. Redner geht dann auf den Bericht des Enquete-ausschusses ein und macht es den Städten zur Pflicht, sich mit diesem Bericht zu befassen und dazu Stellung zu nehmen. Die Städte dürfen beanspruchen, daß die Behauptung des Enquete-ausschusses, sie bereiteten der Weiterentwicklung der Elektrowirtschaft Schwierigkeiten, amtlicherseits zurückgenommen wird. Die Städte müssen weiter verlangen, daß sie ihrer Bedeutung entsprechend bei der Fortentwicklung der Elektrowirtschaft einen größeren Einfluß erlangen, als dies bisher der Fall ist. Die Städte denken nicht daran, sich einer planvollen Entwicklung nach einheitlichen Gesichtspunkten in der Großerzeugung und Großfortleitung zu widersetzen. Sie müssen aber verlangen, maßgeblich beteiligt zu werden. Der Enqueteauschuß wird all diesen Dingen nicht gerecht, ist einseitig und läßt die Gemeindeunfreundlichkeit erkennen. Es wird Aufgabe des Deutschen Städtetages sein, diesen Teil des Enquete-ausschusses einer einwandfreien Nachprüfung zu unterziehen. Die städtischen Werke waren lange vorhanden und in Betrieb, ehe Reich und Länder mit ihren Großkraftwerken, mit ihren Fernleitungen in Erscheinung traten. Man darf aber den Städten nicht verübeln, daß sie die Großkraftwirtschaft, deren Werke zum Teil in ihren Maschinenleistungen überdimensioniert sind, mehr oder weniger ablehnen, weil sie wissen, daß die Großkraftwerke ihre Rentabilität auf dem Rücken der kommunalen Elektrowirtschaft zu erzielen suchen. Redner lehnt es ab, daß die Städte ihre Werke stilllegen sollen. — Die Zusammenfassung der Darstellungen über die Aussichten der kommunalen Elektrowirtschaft ergibt sowohl nach dem Stande der Elektrizitätswirtschaft als auch nach dem Enquetebericht ein für die Städte unerfreuliches Bild. Die Aussichten der Städte sind aber nur scheinbar trübe. An der Stromerzeugung sind die Städte heute noch mit einem Drittel beteiligt und in der Stromabgabe nehmen sie unbestritten die erste Stelle ein.

Die Städte wünschen kein kräftezerstörendes Bekämpfen, sondern ein Eingeschaltetwerden in den großen Entwicklungsgang der Elektrizitätswirtschaft. Grundsätzlich vertritt der Referent den Standpunkt, daß die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung innerhalb der Gemeinden ein ausschließliches Recht der Gemeinden ist. Die Städte haben in der Vergangenheit Fehler begangen. Sie

haben die kommunale Elektrowirtschaft als rein örtliche Frage behandelt und sind dadurch bis heute nur Verhandlungsobjekt gewesen. Die Verhandlungen wurden als streng vertraulich bezeichnet. Diese Art der Verhandlungstaktik hat sich zum Schaden der Städte ausgewirkt. Sie haben bis heute keine Einheit gebildet im Gegensatz zu den Großorganisationen der Stromerzeuger. Der Mangel an Geschlossenheit läßt die Interessen der Städte vielfach vernachlässigen. Es soll nicht verkannt werden, daß bei der Vielseitigkeit der örtlichen Fragen der Städte in der Elektrowirtschaft ein Zusammenschluß schwierig ist. Andererseits muß aber über den Städtetag ein Weg gefunden werden, der die Städte in Behandlung der großen grundsätzlichen Fragen der kommunalen Elektrowirtschaft zur festen Einheit zusammenschließt.

Der Redner ging dann auf den Kampf ein, welcher sich — wenn auch unterirdisch — zwischen der Gas- und Elektrizitätswirtschaft abspielt. Solange die Städte in ihrem Hoheitsgebiet neben der Elektrowirtschaft noch die Gaswirtschaft betreiben, haben sie die Möglichkeit, beide untereinander, in friedlicher Entwicklung sich ausdehnen zu lassen. Geht die eine oder die andere Wirtschaft in kommunalfremde Hände über, so entbrennt ein Konkurrenzkampf, der für das Gemeinwesen unerträglich werden kann. Die Gefahr einer solchen Auseinandersetzung beschwören alle diejenigen Gemeinden herauf, die ihre Elektrizitätswirtschaft aus der Hand geben.

Die Frage der Stromabgabe ist für die Städte von allergrößter Bedeutung. Denn eine Gemeinde kann beim Vorliegen besonderer Gründe es vielleicht verantworten, auf die Stromerzeugung zu verzichten; niemals aber sollte sie die Stromabgabe aus der Hand geben. Sie verliert damit eines ihrer wertvollsten Hoheitsrechte. Die Ausbreitung der unmittelbaren Belieferung durch die Großkraftwerke beruht nicht etwa auf Zufälligkeiten, sondern sie stellt ein planvolles Vorgehen dar. „Ich muß leider feststellen, daß eine der Großorganisationen, die Preussische Elektrizitäts-A.G. (Preag), die Versorgung bis zum letzten Kunden als Programmpunkt aufgenommen hat. Es scheint, daß sich diesem planmäßigen Vorgehen der Preag neuerdings das Reich mit seinen reichseigenen Werken anschließen will. Für die Städte bedeutet dies die Aufgabe ihrer Selbständigkeit in ihren eigenen Stadtbezirken in der Elektrowirtschaft, der grundsätzlich niemals zugestanden werden kann. Selbst wenn ein anderer Finanzausgleich käme und die Einnahmen, die die Gemeinden heute aus ihrer Elektrowirtschaft zu ziehen gezwungen sind, aus Steuerquellen erhalten würden, sprächen doch so viel grundsätzliche Bedenken gegen die Aufgabe der Stromabgabe, daß dem Ausaugungsprozeß nach dieser Richtung der stärkste Widerstand entgegenzusetzen werden muß.“

Landrat Freiherr v. Gagern als zweiter Referent wies nach, daß die öffentlichen Betriebe in jeder Beziehung mit den Betrieben der Privatwirtschaft konkurrieren können und aus diesem Grunde die öffentliche Elektrowirtschaft gegen alle Angriffe verteidigt werden müsse.

In der Diskussion sprach u. a. Kollege Orlopp. Er führte aus, daß unsere Organisation weitgehend mit den Grundsätzen übereinstimmt, wie sie von den Referenten dargelegt wurden. Es ist richtig, daß eine starke Konzentrationsbewegung in der Elektrizitätswirtschaft in den letzten Jahren eingetreten ist. Wir sind in dieser Beziehung mehr oder weniger zwangsläufig auf einen Weg gedrängt worden, von dem erst die Zukunft zu entscheiden hat, ob er volkswirtschaftlich richtig oder falsch ist. Wir haben auch in der Gaswirtschaft den Standpunkt vertreten, keine Kartellpolitik in den Gemeinden zu treiben, und haben dem Gedanken der Gruppengasversorgung das Wort geredet. Heute ist dieser Gedanke Allgemeingut geworden und die Gruppengasversorgung ist die Versorgung der Zukunft. Ähnlich liegen die Dinge auch in der Elektrizitätswirtschaft. „Ich möchte dringend bitten, dafür zu sorgen, daß wir in der Elektrizitätswirtschaft nicht auf den gleichen Weg einer drohenden Entkommunalisierung gedrängt werden. Zweifellos liegen die Dinge so, daß eine Stadt nach der anderen aus den verschiedensten Gründen gezwungen war, ihre eigene Erzeugung von Strom aufzugeben und zum Fremdstrombezug überzugehen. In den meisten Fällen gelang es aber, auch bei Aufgabe der Eigenerzeugung die Stromverteilung in den Händen der Stadt zu behalten. Der kommunale Charakter der Stromverteilung muß auch in Zukunft unter allen Umständen gewahrt bleiben. Wir vertreten deshalb den Standpunkt:

Die Verteilung der elektrischen Energie innerhalb des Gemeindegebiets gehört unter allen Umständen in die Hände der Kommunen.

In bezug auf Stromerzeugung liegen die Dinge vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen bei der Elektrizitätswirtschaft wesentlich anders als bei manchen anderen Zweigen der

öffentlichen Wirtschaft. Als man dazu überging, die großen Wasserkraft im Süden Deutschlands für die Stromerzeugung aktiv zu machen, da handelte es sich doch um die Frage: Sollte ein großer Teil der Industrie den Erzeugungstätten für elektrische Energie nachreisen, sollte der Standort ganzer Industriezweige verlagert werden? Der Weg mußte natürlich umgekehrt gehen! Die Produktionsstätten mußten erhalten bleiben. Es durften nicht neue große Kapitalmengen für Standortverlegungen der Industrie investiert werden, sondern es mußte die billige Wasserkraft durch Hochspannungsleitungen an die Industrie herangebracht werden. Das aber geht nicht kommunal!

Die Entwicklung des Bergbaues in Niederschlesien und in Sachsen zeigt eine starke Konkurrenz mit der Ruhrkohle und der englischen Kohle. Auch hier werden wir vor volkswirtschaftlich große Aufgaben gestellt. Durch eine planmäßige Verteilung der Elektrizitätserzeugungstätten kann auch diesen Gebieten geholfen werden. Wir dürfen nicht Tagespolitik treiben, sondern müssen auf weite Sicht arbeiten, und da geht zweifellos die Entwicklung so, daß die Großkraftwerke immer mehr die Erzeugung des Stromes übernehmen werden und die Städte mit allen Kräften danach streben müssen, die Verteilung zu behalten. Dazu muß dann eine wesentliche Aufrechterhaltung also nicht Stilllegung der kommunalen Werke — kommen, die wir noch haben und die zur Spitzendeckung ausgenutzt werden müssen. Auf keinen Fall aber soll man zur völligen Stilllegung übergehen, wie es vielfach verlangt wird; denn die in den städtischen Elektrizitätswerken investierten Kapitalien sind produktiv festgelegt, und man soll diese Werte nicht künstlich vernichten. Grundsätzlich ist weiterhin zu sagen, daß da, wo Wasserkraft zur Verfügung stehen, diese restlos ausgenutzt werden müssen.

Kollege Orlopp nahm dann weiter Stellung zu dem Bericht des Enqueteausschusses über Elektrizitätswirtschaft und bezeichnete diesen als eine brauchbare Unterlage bei Beurteilung der deutschen Elektrizitätsinteressen. Die Schaffung eines einheitlichen Verbandes für die kommunalen Interessen in der Energiewirtschaft wird auch bei unserer Organisation Gegenliebe finden.

Zum Schluß ging Kollege Orlopp auf die Frage der Preislenkung ein, die auf der Tagung für Kommunalwirtschaft unerörtert blieb. Die Dinge liegen so, daß man heute von den Werken die Durchführung einer allgemeinen Preislenkung verlangt. Auf der anderen Seite stehen die Städte, die in ihrer Finanznot auf keinen Pfennig der Ueberschüsse verzichten können, die sie aus ihren Werken herausholen, weil durch den ständigen Zuwachs an Erwerbslosen und von verschiedenen anderen Seiten her Forderungen gestellt werden, für die ein Ausgleich bei den Städten nicht mehr vorhanden ist. So richtig eine Senkung der Verkaufspreise — vom technischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen — ist, so stehen hier die Städte vielfach vor einer Unmöglichkeit, die Verkaufspreise für Elektrizität, Gas und Wasser im gewünschten Maße zu senken. Den Städten müssen andere Einnahmequellen zugewiesen werden; denn die jetzt zweifellos überhöhten Preise sind indirekte Steuern und stehen einer weiteren technischen Entwicklung hindernd im Wege.

„Ich habe vor einiger Zeit Berechnungen angestellt, wie sich die Herabsetzung der Gehälter, Löhne und Kohlenpreise auf die Betriebskosten auswirken und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß trotz der eingetretenen, für die Befugenschaft unerträglichen Lohn- und Gehaltsenkungen der Strompreis nur um einen Pfennig gesenkt werden kann, wenn die bisherigen Ueberschüsse in gleicher Höhe erzielt werden sollen.“

In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß noch vor einem Jahre immer wieder gesagt wurde, die hohen Verkaufspreise seien die Folge der hohen Löhne und Gehälter. Heute stellen die Städte selbst fest, daß diese Behauptung niemals zutreffend hat. Trotz Lohn- und Gehaltsenkung von 20 bis 30 Proz. sind wir nicht in der Lage, den Strompreis auch nur um einen Pfennig zu senken, wenn die alten Ueberschüsse erzielt werden sollen.

Wenn Reich und Staat oder wenn die Reichsversicherungsanstalt nicht hilft, eine Entlastung der Gemeinden von den Wohlfahrtslasten herbeizuführen, dann können die Preise nicht weiter herabgesetzt werden, weil die Städte nicht wissen, wovon sie ihre täglichen Ausgaben bestreiten sollen.“

Die Tagung in Goslar hat zweifellos im Interesse der öffentlichen Wirtschaft wertvolle Arbeit geleistet. Hoffen wir, daß die Städte im Sinne der Referenten und Diskussionsredner ihre Maßnahmen treffen, dann wird auch die öffentliche Wirtschaft ohne allzu großen Schaden über die jetzige schwierige Zeit der Krise hinwegkommen.

Gegen die Entkommunalisierung städtischer Betriebe

protestierte eine stark besuchte öffentliche Versammlung in Krefeld. Kollege Vogelmann (Köln) zeigte in seinem Referat, daß die Bestrebungen des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbaues und seiner Unterverbände den schärfsten Widerstand bei den in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmern hervorgerufen haben. Man will zwar nicht alle städtischen Arbeiten übernehmen, sondern nur die besonders lohnenden; die übrigen Arbeiten will man den Städten und Gemeinden zur Weiterbewirtschaftung gnädigst überlassen. Was würde diese Privatisierung bedeuten? Erstens eine bedeutend teurere Bewirtschaftung, wie eine ganze Reihe von Beispielen beweist. Zweitens würde an Stelle korrekter und guter Arbeiten eine gleichgültige, nur auf Profit eingestellte Arbeit herauskommen; auch dafür sind schon Beweise vorhanden. Und drittens hieße es für die bei den Städten beschäftigten Arbeitnehmer Aufgabe ihres Arbeitsplatzes und all der im Kampfe ihrer Organisation erreichten tariflichen und sozialen Errungenschaften. An Stelle der Arbeit im Dienste der Allgemeinheit träte die krasseste Unternehmersausbeutung. Der Redner wies noch darauf hin, daß die städtischen Arbeitnehmer und auch die städtische Bürgerschaft kein Interesse daran habe, in diesem Sinne den Privatgärtnern unter die Arme zu greifen. Wenn die Privatgärtnereibesitzer glauben, sagen zu müssen, es ginge ihnen schlecht, so sollen sie sich der heutigen Zeit und den heutigen Verhältnissen entsprechend umstellen. Jedenfalls ist es ihnen bis heute noch nicht so schlecht gegangen, wie den Erwerbslosen, und auch nicht so schlecht, wie den von Lohnabbau betroffenen Arbeitnehmern in den städtischen Betrieben. Die in den letzten Jahren errichteten Paläste an den Friedhöfen beweisen das zur Genüge.

Die Eingabe, welche der Reichs- und Landesverband des Deutschen Gärtnerverbandes E. V. an die Städte gerichtet hat, wo als Hauptmacher der Landtagsabgeordnete Schröder (Krefeld) in Frage kommt, spricht für sich. Herr Schröder hat in Köln mit seiner Eingabe keine Lorbeeren geerntet. Hoffen wir, daß ihm in Krefeld seitens der Stadtverwaltung bzw. der Kommissionsmitglieder ebenfalls die richtige Antwort auf seine egoistischen Bestrebungen gegeben wird. Jedenfalls, so führte der Redner zum Schluß aus, werden sich die städtischen Gärtnerarbeiter, wie auch die übrigen Gemeindeglieder durch den Gesamt-Verband mit allen Mitteln gegen jedwede Entkommunalisierungsbestrebungen wehren.

In der Diskussion kam einhellig zum Ausdruck, daß diese Bestrebungen mit allen Mitteln verurteilt und bekämpft werden müssen. Besonders hervorgehoben wurde auch noch, daß sich die Beamten- und Angestelltenorganisationen der bei der städtischen Gartenbau- und Friedhofsverwaltung Beschäftigten ebenfalls in einer Entschliebung geäußert haben, wie es die heutige Kundgebung getan hat. — Einstimmig wurde folgende Entschliebung angenommen:

„Die versammelten städtischen Arbeitnehmer legen entschiedenen Verwahrung ein gegen die Bestrebungen und Anträge der privaten Gärtnerereibesitzer und ihrer Organisation, in denen diese die Auslieferung der kommunalen gärtnerischen Betriebe fordern. — Die Versammelten erblicken in diesem unerschütterlichen Vorgehen nicht allein eine schwere Belastungsprobe für das Bestehen und die weitere Entwicklung der bisher musterartigen Betriebe, sondern auch eine nicht unerhebliche Mehrbelastung der städtischen Finanzen, da die Stadtverwaltung bei diesem „Geschäft“ über den bisherigen Rahmen hinaus einer ganzen Anzahl von kleinen privaten Unternehmern die Sorgen für standesgemäßen Unterhalt abnehmen müßte. — Darüber hinaus dürfte ein etwaiger Erfolg dieses Vorstoßes die bescheidene, aber wenigstens in etwas gesicherte Existenz aller dort Beschäftigten aufs äußerste gefährden, da es unumkehrbar ist, daß die privaten Gärtnerereibesitzer vollwertigen Arbeitnehmern ganz unzureichende Entlohnung anbieten, die sozialen Verhältnisse der Beschäftigten überhaupt nicht berücksichtigen und daher ihren Bedarf an Arbeitnehmern vorwiegend innerhalb der Lehrlinge und Jugendlichen decken. — Die Versammelten erwarten daher sowohl von der Stadtverwaltung als auch von den Stadtverordneten, daß sie die Anträge unberücksichtigt lassen und die Antragsteller auf die vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten innerhalb der freien Wirtschaft verweisen, deren Ausbeutung und Vertiefung im freien Wettbewerb vollkommen ausgenutzt werden kann, ohne daß kommunale oder volkswirtschaftliche Belange beeinträchtigt werden können. Mit voller Genehmigung und Befriedigung nimmt die Versammlung Kenntnis von dem energischen und bisher erfolgreichen Kampfe, den der Gesamt-Verband allein gegen diese Bestrebungen geführt hat. Die Anwesenden verpflichten sich, mit allen Kräften den Verband in diesen Bestrebungen zu unterstützen und mit dafür einzutreten, daß alle städtischen Arbeitnehmer sich als eifrige Kämpfer unter das Banner des Gesamt-Verbandes stellen.“

Der RGO.-Betriebsratsvorsitzende des städtischen Fuhrparks in Düsseldorf

kann sich in Versammlungen nicht revolutionär genug bewegen. Es gibt im deutschen Sprachgebrauch wohl kein Schimpfwort mehr, das dieser „revolutionäre Held“ mit seinen Getreuen nicht schon gegen die Gewerkschaften verwandt hat. „Derrat“, „Lumperei“, „infame Lüge“ sind die zartesten Ausdrücke. Der schon zum Sprichwort gewordene Ausdruck, daß man einen Menschen nicht nach seinem großen Maul, sondern nach seinen Taten beurteilen soll, ist für diesen Mann besonders anwendbar. Er ist mittlerweile zum Spott- und Hohngeächter der Beschäftigten des Fuhrparks geworden; insbesondere die Vorgesetzten freuen sich, wenn sie einmal mit ihrem „Nik“ (so nennt man diesen „Revolutionär“) ein Plauderstündchen haben können. „Na, der Kerl ist ja zu drollig und nebenbei harmlos“, so hört man über ihn reden. Der sonderbare revolutionäre Esan dieses Vorsitzenden ist für den verständlich, der weiß, daß „Nik“ auch Mitglied einer apostolischen Gemeinde ist. Einige Heldentaten begehrt unser „Nik“ nun doch, und zwar die Herausgabe von Bekanntmachungen. Diesen Weg beschreitet er, um sich gegen Angriffe zu wehren, die z. B. in Zeitungen oder sonstwie erfolgen. „Nik“ hielt es, wie bekannt, auch für notwendig, mit dem Fuhrparkdirektor über Rückzahlung der eingezahlten Ruhe-lohnbeiträge zu sprechen. Nach unserer Kritik in Nr. 6 „Öffentlicher Dienst“ gab unser „Nik“ eine Bekanntmachung heraus, aus der wir wörtlich folgendes entnehmen:

„Nun geht man dazu über, den Obmann bei der Belegschaft zu benutzieren, indem man in der Gewerkschaftszeitung (? Red.) Nr. 6 vom 13. Februar berichtet, der Obmann solle mit der Direktion über Rückzahlung des Ruhegeldes verhandelt haben. Nach Rücksprache der Unterzeichneten erklärt Herr Direktor Briz dieses als unrichtig. Ich mache also alle Kollegen und Kolleginnen auf diese infame Lüge aufmerksam, wie man versucht, die Autorität des Obmannes in den Schmutz zu treten.“

Betriebs- und Arbeiterrat des Fuhrparks und der Straßenreinigung
der Stadt Düsseldorf.

gez. Rif. Wagner, 1. Arbeiterratsvorsitzender.
gez. Heinrich Engemann, 1. Beisitzer.“

Nun schritt unser „Nik“ wieder stolz erhobenen Hauptes durch den Betrieb, innerlich davon überzeugt, abermals eine besonders „revolutionäre“ Tat vollbracht zu haben. Na, wer wird ihm das übelnehmen? Niemand, denn einem solch drolligen und harmlosen Menschen kann man nichts übelnehmen; im Gegenteil, man wartet täglich auf solche Bekanntmachungen dieses „revolutionären“ Vorsitzenden. Insbesondere die Vorgesetzten sollen, falls sie einmal an einem Tage nichts von ihrem „Nik“ gehört haben, darüber voller Gram und Kummer sein. Deshalb bemüht sich auch unser „Nik“ um die Herausgabe solcher Bekanntmachungen außerordentlich.

— „Nik“ als Funktionär der RGO. hat auch sonst seine Sorgen. Es ist selbstverständlich, daß auch für ihn der Reitergeneral Thälmann der richtige Mann für den Posten des Reichspräsidenten ist. Auch dieses kann man unserem „Nik“ nicht übelnehmen. Daß aber „Nik“ noch keine Bekanntmachung herausgegeben hat, worin er jeden Fuhrparksarbeiter bei Strafe verpflichtet, Thälmann zu wählen, ist eigentlich nicht zu billigen. Es ist aber verständlich, wenn man folgendes weiß: Als am Donnerstag, dem 25. Februar 1932, früh morgens, an einem Bretterzaun des Depots an der Kirchstraße in großen Lettern zu lesen war „Wählt Thälmann“, da pochten die revolutionären Herzen einiger Leute vor Freude über diesen Erfolg. Da aber diese „Kunstmalerei“ an einem öffentlichen Gebäude bald wieder beseitigt werden mußte, hielt man eine Kabinettsitzung ab, in der man beschloß, „Nik“ zu beauftragen, den Aufruf „Wählt Thälmann“ zu entfernen. Ohne irgendeinen Widerspruch folgte unser „Nik“ der Aufforderung seines Vorgesetzten. Er zog, bewaffnet mit Eimer, Wasser und Besen, hin zu der Stelle, an der man gewagt hatte, städtisches Eigentum zu beschmutzen. In kurzer Zeit hatte „Nik“ den Spruch „Wählt Thälmann“ so fein säuberlich entfernt, daß ein Uneingeweihter niemals die Spuren des von ihm entfernten Namens feststellen könnte. „Nik“ hat bei dieser Arbeit genau wie sonst eine außerordentliche Gewissenhaftigkeit an den Tag gelegt. Wiederrum zog er stolz erhobenen Hauptes durch den Betrieb in dem Bewußtsein, eine weitere „revolutionäre“ Tat begangen zu haben. Er soll sich sogar darüber beschwert haben, daß man sich über seine Tat lustig mache und im Betrieb darüber rede. Na, „Nik“, ärgere dich nicht zuviel, sondern handle nur ruhig so weiter, damit dienst du den Interessen der Fuhrparksarbeiter am allerbesten.

GÄRTNEREI · PARK · FRIEDHOF

Auf und nieder im Kampf um das gärtnerische Arbeitsrecht

Vor etwa 5 Jahren war man im Reichsarbeitsministerium dem Problem der „gärtnerischen Rechtsfrage“ schon einmal dermaßen zu Leibe gegangen, daß ein Arbeitsschutzsondergesetz für die Gärtnerei im Entwurf vorgelegt und Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch schon einmal dazu gehört wurden. Bald darauf machten sich aber die ersten Anzeichen der jetzt die Welt in Bann haltenden Krise bemerkbar und andere, noch weit schwierigere Probleme ließen die der Arbeitsgesetzgebung zum Stillstand kommen. Im besonderen scheint der „Sondergesetz“-Entwurf für die Gärtnerei kunstgerecht begraben zu sein. Infolge der Selbstausschaltung des Parlaments besteht ja auch zur Zeit keine Möglichkeit, die Streitfragen durch die verfassungsgemäße Gesetzgebung zur Entscheidung zu bringen. So ruht denn dieser in mancher Beziehung geheimnisvolle See sehr stille.

Anders ist es mit der Rechtsprechung bestellt. Hier steht das Barometer ständig auf Sturm, und äußerst bewegt ist der Wellengang der Gerichtsentscheidungen. Hoch auf und abgrundtief nieder fliegen und stürzen die Urteile; wie's eben trifft, könnte man fast meinen und es will oft scheinen, als wenn dabei die Gerechtigkeit völlig untergeht. So geschah es vor kurzem beim Landesarbeitsgericht Dortmund, daß eine typische Handelsgärtnerei, die von Wilde in D.-Derne, welche die üblichen Topfpflanzen und Schnittblumen kultiviert, dessen Inhaber dazu ein Blumengeschäft unterhält und auch die Gärtnerei eines Friedhofes betreibt, in der er je nach Bedarf das Personal seiner Handelsgärtnerei, vorzugsweise seine Lehrlinge, beschäftigt, als „Urproduktion“ und „landwirtschaftlicher“ Betrieb erklärt wurde. In der Begründung dieses sehr sonderbaren Urteils (X. 1. S. 5/32), das für sich selbstamerweise sogar in Anspruch nimmt, im Sinne der grundsätzlichen Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 3. Oktober 1928 gehandelt zu haben, heißt es:

„Gärtnereien also, die die Züchtung der Blumen nur in Gewächshäusern unter Glas vornehmen, auf diese Weise Blumen und Gewächse zur außergewöhnlichen Zeit zum Verkauf bringen wollen oder sich mit der Züchtung besonderer, in der hiesigen Gegend unter natürlichen Verhältnissen nicht wachsender Gewächse befassen und stützen die Urteile; „wie's eben trifft,“ könnte da hier die Beeinflussung des Wachstums durch den Gärtner, die Vorausberechnung dieses Wachstums die entscheidende Rolle spielt. Gärtnereien dagegen, die ihre Erzeugnisse nur oder im wesentlichen nur in der freien Natur züchten, ihre Warm- und Glashäuser nur dazu benutzen, um die jungen Pflanzen anzuzüchten (?), das weitere Wachstum aber den natürlichen Einflüssen überlassen (?), also im wesentlichen bei der Züchtung von der Natur ebenso abhängig sind wie die landwirtschaftlichen Betriebe, wird man nicht zu den gewerblichen Betrieben, sondern zur Urproduktion rechnen müssen... (?)“

Die Beklagte züchtet auch nur die im Handel üblichen einfachen (?) Pflanzen, wie Hortensien, Geranien, Fuchsien u. dgl., bei denen also eine kunstgemäße Behandlung nicht erforderlich ist.“ (?)

Jedes Kind einer blumenliebenden Familie weiß heutzutage, daß z. B. die rote und blaue Blütenfarbe gewisser „im Handel üblichen einfachen“ Hortensien erst durch Beimischung von Ammoniakalaun oder besonderer Erde kunstgemäß erzeugt wird, und daß man sowohl Hortensien als auch einfache „Geranien, Fuchsien u. dgl.“ eben nicht den natürlichen Einflüssen unseres Breitengrades überlassen kann. Damit dürfte das Wissen des für dieses Urteil verantwortlichen Herrn Landgerichtsdirektors von der Urproduktion genügend gekennzeichnet sein. Wenn der außerdem begangene Kunstfehler, das angelegte Blumengeschäft und die Friedhofsgärtnerei, beides unbestritten gewerbliche Betriebe, überhaupt außer Betracht zu lassen, nicht wieder gutzumachen ist, so, weil in weiser Voraussicht die Revision für dieses offensbare Fehlurteil nicht zugelassen ist.

Die Merkmale, welche für die Beurteilung der Frage, wodurch sich „Gartenbaubetriebe“ (Gärtnereibetriebe) ist der richtige, jeden Irrtum ausschließende Begriffsausdruck in landwirtschaftlichen Betrieben unterscheiden, maßgebend sind, hat dagegen in richtiger Erkenntnis der Zusammenhänge die Beschluskammer des Obergerichtsamt Düsselndorf am 9. Januar 1931 herausgestellt, indem sie erklärt (Beschluskammer B. X. IV 3/31): „Nicht die Größe des Betriebes kann maßgebend sein, denn es gibt, wie allgemein bekannt ist, auch im Gartenbau Großbetriebe, deren räumlicher Umfang über den Umfang kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe hinausgeht. Entscheidend ist vielmehr allein die Art der Bodenbewirtschaftung.

Unter einem gärtnerischen Betrieb ist eine ganz besonders intensive und kunstgemäße Vorbedingung von Bodenerzeugnissen (Gewächsen, Früchten) durch geschulte Kräfte zu verstehen. Das Wesen der Landwirtschaft ist dagegen durch einen feldmäßigen Anbau von Gewächsen gekennzeichnet. Diese Charakterisierung des Wesens eines Gartenbaubetriebes steht in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts (vgl. das Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 3. Oktober 1928 — RA.G. 98/28 —). Hinzu kommt, daß auch das Reichsarbeitsministerium, wie der Vorderrichter zutreffend anführt, sich zu dieser Auffassung bekennt.“

Bei dieser ebenfalls endgültigen Entscheidung handelte es sich um den Baumschulbetrieb Reinhold Hoemann in Düsseldorf, von dessen Baumschulbetriebsfläche von insgesamt 59 700 Quadratmeter unter Glas nur 250 Quadratmeter liegen. Es werden aber zahlreich gärtnerisch vorgebildete Personen unter Leitung eines Obergärtners beschäftigt.

Von ganz besonderem Interesse aber ist für uns die grundsätzliche Entscheidung des 2. Strafsenats beim Oberlandesgericht Dresden, die folgendes erklärt:

„Die Frage, ob die Gärtnereien unter die Gewerbeordnung fallen, kann nicht nach rein nationalökonomischer Lehre entschieden werden, sondern maßgebend sind die Entstehungsgeschichte der Gewerbeordnung, insbesondere die der Novelle von 1908, sowie die Reichstagsverhandlungen über diese Frage im Ausschuss. Der erstnennende Senat habe bereits in einer früheren Entscheidung dazu Stellung genommen und damals die Entstehungsgeschichte dargelegt, insbesondere die vom Reichstagsausschuss vertretene Auffassung. In der Ausschussfassung sei auch die Novelle Gesetz geworden. Danach war es der Wille des Gesetzgebers, daß unter die Gewerbeordnung nicht bloß die Handelsgärtnereien fallen, sondern auch die produktionsgewerblichen Gärtnereien. Eine Ausnahme sei nur gemacht worden für die Feldgärtnereien in dem Sinne, daß darunter der feldmäßige Gemüsebau fällt. Auch die Frage der Baumschulen sei damals angeschnitten worden, es sei aber gerade hier von einer Ausnahme abgesehen worden.“

Dieses Urteil erging gegen zehn Gärtnereibetriebe, die verleitet durch die irreführenden amtlichen Bekanntmachungen der Sächsischen Fachkammer für Gartenbau — einer Aufforderung des Dresdener Stadtrates, die vom Arbeits- und Wirtschaftsministerium herausgegebenen Fragebogen für die Zählung der gewerblichen Arbeitnehmer auszufüllen, nicht nachgekommen waren. In diesem Falle war also die Sächsische Fachkammer eigentlich die Angeklagte, und es ist uns, die wir wiederholt auf diese und andere ungeschlichen Maßnahmen der Fachkammer hingewiesen haben, eine Genugtuung, endlich einmal deren Verurteilung erfolgt zu sehen.

Gärtnerische Rundschau

Der Botanische Garten Stuttgarts besteht weiter. In der Angelegenheit des Botanischen Gartens der Technischen Hochschule Stuttgart ist eine vorläufige Regelung erzielt worden. Der Botanische Garten besteht unverändert weiter, und es ist damit zu rechnen, daß dies wenigstens für die Dauer von zwei Jahren gelten wird. Auf den Einspruch der verschiedensten Organisationen hin wird die Lehrtätigkeit von einem Prof. v. Hohenheim ausgeübt werden, so daß eine Aufhebung des Botanischen Unterrichts vorläufig nicht in Frage kommt und auch beim Botanischen Garten vorläufig keine Veränderung eintritt.

Werbt für euer Gärtnerei-Fachblatt! Dieser Ruf ergeht hiermit ganz besonders an die Kollegenschaft in den Gartenverwaltungen der Städte und Länder. Der Bedeutung des öffentlichen Grüns entsprechend, behandelt das Heft 6 des „Gärtnerei-Fachblattes“ wieder einmal nur diesbezügliche Themen, u. a. „Grünflächengestaltung bei Wohnsiedlungen“, „Das Stadion in Bad Elster“, „Die Rechtsunsicherheit im Städtebau“, „Der Reichshof“, „Leuchtgaschächten an Straßenböumen“, „Der Park der Republik in Malaga“, „Die Obstbauplanwirtschaft in der Sowjetunion“, „Parkanlagen in Leningrad“, „Unzureichende Lungenkraft der Parks“ sowie viele kleinere Mitteilungen unter den Sammelbegriffen „Öffentliche Grünanlagen in der Krisenzeit“ und „Von städtischen Friedhöfen“. — Bei dem beispiellos niedrigen Bezugspreis von nur 1 Mk. je Vierteljahr gibt es keine Ausrede mehr. Jeder in Arbeit stehende Gärtnerkollege kann und soll sein „Gärtnerei-Fachblatt“ auch beziehen.

Verlagsanstalt „Courtier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelstraße 17
Verantwortlicher Redakteur Emil Dietz, Berlin SO 36, Schließstraße 47

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Lehren aus dem Klagesreich Braunschweig

Kampf gegen 2700 Eltern der weltlichen Schulen mit Arreststrafen, Entlassung dissidentischer Lehrer, Beseitigung von sozialistischen Kreisdirektoren und deren Ersatz durch Naziparteibeamtete. Abbau der kleinen Beamtgehälter, Nichtantastung der höheren Beamtgehälter, im Gegenteil, noch Zuschüssen durch Nebeneinnahmen, Verbote der Arbeiterpresse, Ueberwachung oder Verbot der Arbeiterveranstaltungen, Suspendieren von Polizeibeamten, die objektiv handeln, faktische Aufhebung des Koalitionsrechts (Verbot der Polizeibeamtenorganisation). Dagegen mit Scheinausnahmen gelindert, Genehmigung aller faschistischen Veranstaltungen. Damit ist kurz das Regiment gezeichnet, das die Naziminister Franzen und Klagges in Braunschweig ausgerichtet haben. Der Aufmarsch in Braunschweig am 17. und 18. Oktober, wo die Nazi wie die Dandalen hausten, wird der Braunschweiger Arbeiterschaft unvergesslich bleiben.

Die neueste Erscheinung zeugt davon, daß Hitler seine Anhänger nicht mehr in der Hand hat. Bei einer Straßensäuberung durch ein Ueberfallkommando gingen die Nazis offen mit Revolvern gegen die Polizei vor. Nach Feststellung der Täter wird der leitende Polizeibeamte vom Dienst suspendiert. Das neue Geheimschreiben über Angaben von Ausrüstung, Truppenteil, technische Ausbildung usw. beleuchtet die Bogheimer Dokumente und ihre Identität blühtartig. „Wo bleibt das Reich, wo seine Autorität? Nicht genug, daß die Nazis Tirol verraten haben, ihre Geheimrüstungen tragen auch dazu bei, schwere außenpolitische Folgen hervorzurufen, die nur die Arbeiterschaft auszubaden hat. Redet doch die Reaktion Frankreichs immer wieder von der geheimen Aufrüstung Deutschlands. Das eine ist gewiß, daß die Nazis überall ihr Zuhältertum für den Kapitalismus bestätigen. Überall versuchen sie in die Arbeiterfront einzudringen. Bei den Stempelstellen holten sie sich blutige Köpfe, Polizeieskorte mußte gestellt werden. Jetzt versuchen sie ihr Heil mit Betriebszellen, mit äußerster Brutalität dabei vorgehend; die Unternehmer scheinen es nicht ungern zu sehen. An Hand von Feststellungen bei Entlassenen, vor allen Dingen jungen Mädchen in der Blechindustrie, erhalten diese Freieintrittskarten in die Naziartei mit Nummern versehen. Die Nummer, die in nächster Zeit in ihrem Büro nicht erscheint, wird vorgemerkt; so entleert nach und nach eine Betriebskontrolle. Das Gefährlichste aber dabei ist, daß diese Mädchen befürchten, wenn sie nicht eintreten, nicht wieder in den Betrieb zu kommen. Hier heißt es an allen leitenden Stellen die Augen auf. Das gilt vor allem für die Betriebsfunktionäre.

Die Stahlhelmer versuchten in ihrer Glanzperiode daselbe, zum Teil mit Erfolg, weil alle diese Elemente den Unternehmer auf ihrer Seite haben. Die Einheit des Proletariats zu schaffen, ist hier die dringendste Aufgabe. Stärkt die Gewerkschaften! Alles queffen nützt nichts. Auf der einen Seite die Konzentration des Kapitals und ihre gekauften Trabanten, auf der anderen Seite aber, in einem Moment der äußersten Reaktion, gelst den Arbeitern ins Ohr: „Unser Kampf gilt vornehmlich der SPD.“ Ein Schandmal in der deutschen Arbeiterbewegung, das nie zu verwischen ist. Seit Jahren betreibt die KPD. Selbstkastrationspolitik. Sie ist durch ihre Scheinrevolutionäre Phrasenpolitik derjenige Faktor, der für Zwiespalt und Haß sorgt. Die dem Kapital immer willkommenen Elemente, die Derärgerten, Indifferenten, füllen das Reservoir zu seinem Schutze (Nazis, Stahlhelmer usw.). Hat die KPD. sich nicht damit begnügt, seit Jahren durch ihre nichts erreichende, überspannte Parteipolitik ihre besten Funktionäre in den Betrieben zu opfern, die seit Jahr und Tag schon auf der Strecke liegen. Hat sie nicht ihre besten ideologischen Kräfte (KPD.) als Renegaten, Verräter ausgestoßen. So ist es kein Wunder, wenn sich dies überall in allen Aktionen erkennbar spiegelt. Unfähigkeit auf allen Gebieten, wenn man die Betriebsräte, oder irgendwelche Positionen, die sie inne haben, genauer unter die Lupe nimmt (s. Betriebsratswahl im Vorjahr: 85 Proz. SPD., 15 Proz. KPD.). Zu der inneren ideologischen Schwindsucht muß sich letzten Endes, wenn Erhaltung nach außen noch erscheinen soll, die Phrase und vieles andere gesellen. Siehe große Plakate der Roten Hilfe um Scheringer, Volksentscheid in Preußen, Konsumverein in Halle. In Hessen Ausschluß kommunistischer Stadtverordneter aus der Partei, weil sie mit Sozialdemokraten als Mehrheit entsprechende

Politik trieben. Der Vergleich eines Abgeordneten, die KPD. sei ein großer stinkender Misthaufen, scheint nicht unbegründet zu sein.

Dem in Nr. 6 unserer „Gewerkschaft A“ zitierten Düsseldorfener roten Betriebsrat vom dortigen Fuhrpark kann sich der Braunschweiger Fuhrpark mit samt seinem überrevolutionären (gelben) Betriebsrat die Hand geben, denn dieser scheut sogar vor offener Denunziation nicht zurück, um die Arbeiterschaft zu schädigen.

Kollegen des Gesamt-Verbandes, als jahrelanger Kenner des parteipolitischen, alles Interesse der Kollegen vergebenden Fanatismus der KPD., ruf ich euch zu, macht Schluß damit. Diese Kollegen sind in diesem Jahre den Lockmelodien der RGO. gefolgt, viele haben ihre Anrechte verloren. Seht ihr ein Vorwärtskommen? Ueberall Schiffbruch bei ihnen. Die so Derärgerten bedeuten das von mir erwähnte Reservoir des Unternehmers, weißte den Rückhalt, die Gewerkschaften nicht mehr haben. Von vielen Phrasenhelden hört man, und das ist kennzeichnend für diese Leute, sie hätten nichts zu verlieren. Diese Elemente fragt einmal danach, was sie schon geopfert, was sie schon im Interesse der Allgemeinheit getan haben? Seht sie euch an aus nächster Nähe, achtet auf Kleinigkeiten ihrer kollegialen Einstellung, achtet darauf, wie sie sich in der Familie bewegen, dann lernt ihr sie ideologisch kennen. Nicht das Maul, sondern ihre Handlungen kennzeichnen sie.

Jetzt will die KPD. scheinbar sich auf ihr Verantwortungsbeußtsein besinnen. Trozki hat ihnen wohl in seiner Broschüre das Stichwort gegeben, daß ohne die SPD.-Arbeiterschaft in Deutschland kein Kampf gegen das Kapital möglich ist. Alle Anzeichen ihrer organisatorischen Maßnahmen, wie Funktionäresprechungen unter Leitung von Zentralvorstands- oder Bezirksleitungsvertretern deuten darauf hin, daß sie noch retten wollen, was noch zu retten ist. Jetzt, wo sie der deutschen Arbeiterschaft unermesslichen Schäden zugefügt, durch ihre Zerstückelungstaktik, durch ihre Selbstkastrierung sich selbst zur geistig toten Bewegung degeneriert hat, da kommt ein Dahlem von der Zentrale der KPD. her und sagt, nach einem Bericht der „Roten Fahne“, daß die vielen Teilstreiks usw. ihnen ihre besten Funktionäre gekostet und dadurch den Einfluß der KPD. gewaltig geschwächt hätten. Soll man das nun Heuchelei oder Demagogie nennen? Gerade Dahlem mußte es wissen, wie schon 1922 bis 1924, in der Zeit der Umstellung auf Straßenzellen usw., die Auseinandersetzungen in der Partei sehr scharfe Formen annahmen, daß seinerzeit schon viele unserer Genossen die übertrieben fanatische und einseitige Parteipolitik aufs Pflaster warf, die heute noch auf der Strecke sind oder verärgert im Nazilager landeten. Man denke nur an Tscheka-Neumann und viele andere. Aber Scheringer wurde als Equivalent aufgenommen.

Darum lernt aus der Lage der Arbeiterschaft Braunschweigs, befreit euch auf der einen Seite von dem Pfahl im Fleische, auf der anderen aber, und das gilt den Kollegen vor allen Dingen in Preußen, sorgt dafür, daß ihr nicht das braunschweigische Dritte Reich bei den nächsten Wahlen bekommt. Wir aber werden dafür sorgen, daß wir es so schnell wie möglich wieder los werden.

Gerade jetzt müssen wir fester stehen denn je. Denkt an die alten Genossen während des Sozialistengesetzes. Viele Jahre Gefängnis und Zuchthaus haben sie auf sich genommen, Haus und Hof haben sie geopfert, aber nie, das muß immer wieder jenen Wankelmütigen gesagt werden, aber nie haben sie ihre Gesinnung verkauft. Jetzt habt ihr noch Freiheit, wenn ihr es versteht zusammenzuhalten. Euch Jungen rufe ich zu: wollt ihr zurück zu unserer Zeit, zur Zeit der absolutistischen Willkürherrschaft eines davongelaufenen Wilhelms, wo wir uns (wie in Sachsen) vor 21 Jahren keiner politischen Partei und vor 18 Jahren keiner freien Bewegung anschließen durften. Wir hatten nicht soviel von uns Geschaffenes, an Jugendheimen, Spiel- und Sportplätzen, Arbeitschutz, Jugendfürsorge, für euch in Tarifen verankerte Rechte und vieles andere.

Darum Jugend! Kommt zu uns, tretet ein in unsere Reihen. Wir freuen uns eures vorwärtstrebenden Impulses. Auch wir waren jung! Mit uns das Volk, mit uns der Sieg, auch über einen Gendarmen von Hildburghausen, einen Gendarmen des Kapitals. Hinein in die Eiserne Front! H. Br.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Der Aufmarsch der Eisernen Front zur Hindenburg-Wahl am 6. März im Berliner Lustgarten hat über 100 000 Republikaner zusammenggeführt.

Die Direktoren der Evangelischen Zentralbank wurden wegen Depotverbrechens und Finanzverschleierung verurteilt: Paul Kund zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis, Adolf Kund zu 2 Jahren Gefängnis.

Die christlichen Gewerkschaften haben entsprechend dem Vorgehen der Eisernen Front die Bildung einer „Volksfront“ eingeleitet zum Abwehrkampf gegen den Faschismus.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale hat am 26. Februar eine Kundgebung gegen Japans Überfall auf China erlassen. — Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat ebenfalls Stellung gegen die Expansionspolitik Japans genommen und die Passivität des Völkerverbundes in dem Konflikt verurteilt.

Mit Hilfe der Nazis hat die Danziger Regierung eine neue Gehaltskürzung für die Beamten ab 1. April bzw. 1. Juli durchgesetzt. Der neue Gehaltsabbau beträgt etwa 5 Proz.

Der Finnland-Putsch der Nationalsozialisten ist an dem entschiedenen Widerstand der Regierung, die in den Hauptstädten sämtliche Truppen mobilisiert, hat gescheitert. Die Führer der Aufständischen wurden verhaftet.

In Moskau wurde am 5. März der deutsche Botschaftsrat v. Twardowski durch einen russischen Studenten erheblich verletzt.

Nach vorübergehenden Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Japan und China unter Vermittlung der Amerikaner haben die Chinesen unter Verlusten Shanghai und seine Umgebung geräumt. Die Japaner sind nachgerückt. Der Kampf geht weiter.

Aus unserer Bewegung

Dresden. In der Generalversammlung am 24. Februar 1932 erstattete Kollege Rose den Geschäftsbericht. Er widmete dabei den Folgeerscheinungen der Spaltungsbestrebungen der RGO. und SAP. einen breiten Raum, aber auch die ungeheure Fülle von Arbeiten der Gewerkschaften im Notjahre 1931 kam in seinen Ausführungen nicht zu kurz weg. — Dann gab Kollege Heider den Kassenbericht. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Die Jahresgeneralversammlung fordert energische Inangriffnahme der Arbeitsbeschaffung. Alle zurzeit vorgelegten Pläne (Wagemann-Plan und Arbeitsbeschaffungsprogramm der SPD. und Gewerkschaften) müssen von der Reichsregierung ernstlich geprüft und durchgeführt werden. — Die Versammelten begrüßen die Beschlüsse des Beirates des ADGB, vom 16. Februar 1932 und den vom ADGB. in Aussicht genommenen Krisenkongreß. Von diesem Kongreß muß eine starke Anregung an Regierungsstellen und Behörden ausgehen. Dabei sind sich die Versammelten klar darüber, daß der endgültige Weg aus der gegenwärtigen Krisensituation nur über internationale Verständigung und Verträge führen kann. Es wird deshalb von der Reichsregierung erwartet, den bisher eingeschlagenen Weg der Verständigung und der Verhandlungen unbeachtet der faschistischen Angriffe weiterzugehen. Die Versammelten geloben, alle Maßnahmen in der Richtung der Verständigung und der Abklärung zu unterstützen. — Die Versammelten ersuchen weiterhin die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, ihren Einfluß zur Erhaltung der sozialen Versicherungsanstalten, des Tarif- und Arbeitsrechtes mit allem Nachdruck geltend zu machen. In bezug auf die Arbeitslosenunterstützung muß endlich eine gesunde Vereinfachung und Vereinheitlichung herbeigeführt werden. Die von der SPD. längst vorgeschlagene Zusammenfassung der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsunterstützung muß durchgeführt werden. — Der Preisbildung ist auch in Zukunft die allergrößte Aufmerksamkeit zu widmen. Dem durch die Notverordnungen diktierten Lohnabbau ist der Preisabbau nur zögernd und in sehr geringem Maße gefolgt. Es muß deshalb schärfer noch als bisher auf die Preise gedrückt werden. Gegen die sich neuerdings geltend machenden Preissteigerungen ist mit aller Energie einzuschreiten. — Die Versammelten begrüßen die zur Abwehr faschistischer Machtstrebens errichtete Eisernen Front. Sie fordern alle Mitglieder des Gesamt-Verbandes und deren Familienangehörigen auf, sich in den Rüststammern der Eisernen Front einzufinden und in die Eisernen Bänder einzutragen. Es gilt, alle Kräfte zur Abwehr faschistischer Diktaturgefahren zusammenzufassen. Stillen darf keineswegs Reichspräsident werden. Seine Wahl unmöglich zu machen, ist die vordringlichste innerpolitische Aufgabe. — Die Versammelten sprechen der Leitung des Gesamt-Verbandes ihr vollstes Vertrauen aus und appellieren an die Unorganisierten, sich endlich auch einzureihen in die große Front der organisierten Arbeitnehmer zur Verteidigung der Freiheit und zur Erlämpfung menschenwürdiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse.“

Es wurde dann weiter ein Antrag des Unterbezirks Pirna angenommen, nach dem der Verbandsvorstand beauftragt werden soll, beim Reichsarbeitsministerium dahin zu wirken, daß die Handels- und Transportarbeiter ebenfalls Kurzarbeiterunterstützung erhalten. — Mit einem anfeuernden Schlußwort und der Aufforderung, fest zusammenzustehen in diesem schweren Kampfe, schloß Kollege Kurpat die eindrucksvoll verlaufene Jahresgeneralversammlung.

Gaggenau. In der Generalversammlung gab Kollege Klöß den Geschäfts- und Kollege Pfeiffer den Kassenbericht. Die Mitgliederzahl ist erfreulicherweise stabil geblieben. — Der seitherige Vorstand wurde mit Ausnahme des Schriftführers wiedergewählt. Als Schriftführer wurde Kollege Frank bestellt. Kollege Fröhlich, Karlsruhe, referierte dann über „Die Dritte Notverordnung und ihre Auswirkung auf den Gesamt-Verband“.

Leipzig. In der Generalversammlung am 25. Februar 1932 gab Kollege Keder den Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung. Er verwies zunächst auf die riesige Arbeitslosigkeit. Ihre Zahl betrug am Anfang des Jahres 1931 7089. Neuanmeldungen erfolgten im Jahre 1931 16 791. Offene Stellen wurden gemeldet 7149, davon konnten 6957 besetzt werden. Bei der Zählung der Arbeitslosen in den Facharbeitsnachweisen wurden am Jahres-schluß 7909 festgestellt. Die Arbeitslosenziffer ist aber wesentlich höher, weil dabei die weiblichen Mitglieder keine Berücksichtigung gefunden haben. — Ueber die Mitgliederbewegung ist zu berichten, daß ein Rückgang in der Mitgliederzahl von 8 Proz. zu verzeichnen ist. Am Jahres-schluß betrug die Mitgliederzahl 19 466. Dieser Rückgang betrifft nur einen Teil der Fachgruppen, mehrere Fachgruppen haben eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, andere sind stabil geblieben. Das letztere ist auch bei der Mitgliedschaft in den angeschlossenen Orten rings um Leipzig zu verzeichnen, indem hier die Mitgliederzahl von 1945 auf 1937 zurückgegangen ist. Der Erfolg der Werbeaktion im 4. Quartal 1931 war 521 neue Mitglieder. — Insgesamt waren 790 Rechts-schlußfälle zu erledigen. In 303 Fällen war ein voller Erfolg zu verzeichnen. In 92 Fällen wurde ein Teilerfolg erzielt. 112 Fälle waren erfolglos. In 23 Fällen wurde der Einspruch an Gerichtsstelle zurückgezogen und in 164 Fällen haben Verband, Fakultät und Lokalassesse Schadenersatzansprüche und Kosten beglichen. In der Nachinflationszeit 1924 bis 1931 wurden Schadenersatzansprüche an unsere Mitglieder in Höhe von 560 446,84 Mk. gestellt. Im gleichen Zeitraum verhängten die Justizbehörden über die angeklagten Sünder Strafen von 7 Jahren, 1 Monat, 5 Tagen Gefängnis und 2 Tagen Haft, sowie 27 562 Mk. Geldstrafen. Dafür hat unsere Gewerkschaft 118 907,61 Mk. für Rechtschutzkosten zum Schutze ihrer Mitglieder am Orte verausgabt, und dabei erreicht, daß manches von unseren Verbandsmitgliedern vor den Gefängnismauern bewahrt wurde. Am Arbeitsgericht, Amtsgericht, Mietgericht und Tarifschiedsgericht wurden 363 Prozesse für die Mitglieder geführt. Der Erfolg war, daß 31 Entlassene wieder eingestellt und den klagenden Mitgliedern durch Gerichtsbeschlüsse 32 844 Mk. zuzuflossen. — Die Betriebsrätewahlen zeitigen folgendes Ergebnis. Die Zahl der Betriebsvertretungsmitglieder betrug 673 Arbeiter und 298 Angestellte. Davon waren Mitglieder des Gesamt-Verbandes 502 Arbeiter und 24 Angestellte, Mitglieder anderer freier Gewerkschaften 108 Arbeiter und 96 Angestellte und Mitglieder der RGO. 42 Arbeiter und 1 Angestellter. — Die Ausgaben für Unterstützungen an die Mitglieder betragen in dem Berichtsjahr 421 487,85 Mk., mit anderen Worten, im Jahre 1930 wurden pro Mitglied 16,36 Mk. Unterstützung gezahlt, 1931 waren es 21,65 Mk., so daß 5,29 Mk. pro Mitglied in der Berichtszeit mehr gezahlt wurden als im vorangegangenen Jahre. Aufgabe unserer Funktionäre muß es daher sein, das gesamte Zahlenmaterial den indifferenten und gleichgültigen Berufskollegen vor Augen zu führen. Auch den wankelmütigen Verbandsmitgliedern und allen denen, die über ein recht großes Schimpfplekion verfügen, ist die so dringend notwendige Aufklärung zu geben und zu zeigen, was die Organisation geleistet hat. Dabei ist festzustellen, daß von den Spaltplätzen der Organisation für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterklasse bisher nicht das geringste geschehen ist. — Den Kassenbericht erstattete Kollege Kunze. Der Gesamteinnahme von 1 075 425,39 Mk. stand eine Ausgabe von 870 174,29 Mk. gegenüber, so daß am Jahres-schluß ein Kassenbestand von 205 251,10 Mk. zu verzeichnen war. Der Hauptkasse wurden 541 555,05 Mk. in bar und Belegen überwiesen. Die Rechtschutz- und Haftpflichtunterstützung „Fakulta“ hatte eine Einnahme von 31 798,60 Mk. Davon wurden der Hauptkasse 27 045,55 Mk. überwiesen. Der Mitgliederbestand betrug 2208. Die Renten-, Pensions- und Sterbezuschußkasse „Rentka“ erzielte eine Einnahme von 28 960 Mk. Davon erhielt die Hauptkasse 21 597,60 Mk. Der Mitgliederbestand betrug 730. — Kollege Streicher gab dann einen Ueberblick über die Dorarbeiten zum Aufbau der Hammer-schaften. Obgleich nur eine kurze

Zeit zur Agitation zur Verfügung stand, haben sich doch an der letzten Demonstration eine große Anzahl von Mitgliedern beteiligt. Diese Zahl kann eine wesentliche Steigerung erfahren, wenn die Funktionäre in der Agitation für die Hammerschaften nicht erlahmen. Der Aufforderung, den Beitritt zu den Hammerschaften zu vollziehen und sich in das Eisenerne Buch einzutragen, kamen die Delegierten fast restlos nach. Die von den Sektionen vorgeschlagenen Mitglieder zur Orts- und Erweiterten Verwaltung und der Revisionskommission wurden einstimmig gewählt. — Hierauf hielt Kollege Streicher einen Vortrag über „Die Ueberwindung des Kapitalismus“.

Münster i. W. In der Generalversammlung am 21. Februar gab Kollege Schmidt einen Rückblick auf das Jahr 1931 und einen Bericht über die Tätigkeit der Organisation. Bei 13 Prozessen am Arbeitsgericht wurden insgesamt 760,50 Mk. erstritten. Durch Vergleich mit den Arbeitgebern wurden 180 Mk. und durch Zurücknahme einer Klage für die Kollegen eines Betriebes 800 Mk. herausgeholt. Für die Gemeindearbeiter konnten aus dem städtischen Unterstützungsfonds Unterstüzungen im Gesamtbetrag von 1000 Mk. erwirkt werden. Eine Eingabe an das Finanzamt hatte den Erfolg, daß den Möbeltransporteuren 637,81 Mk. Steuern, welche vom Trinkgeld einbehalten waren, zurückgezahlt wurden. Von 10 Fällen aus der Sozialversicherung wahrgenommenen Terminen waren 4 erfolgreich. An Unterstüzungen gelangten 5500 Mk. zur Auszahlung, davon über 600 Mk. Weihnachtsunterstützung. — Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Vorsitzender Kollege Hoffmann, Stellvertreter Kollege v. Costerus, Kassierer Kollege Schmidt, Stellvertreter Kollege Klos, Schriftführer Kollege Benkman, Stellvertreter Kollege Mildner. Nachstehende aus der Versammlung eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen.

„Die Generalversammlung wendet sich mit aller Schärfe gegen den im Jahre 1931 vorgenommenen ungeheuren Lohnabbau, der teils durch Ausnutzung der Wirtschaftskrise, teils durch Notverordnungen erzwungen wurde. Die Versammlung stellt fest, daß trotz des in der letzten Notverordnung zwangsweise verfügten Preisabbaus immer und immer wieder die Arbeiterschaft die Leidtragende ist, da der gesetzlich festgesetzte Lohnabbau viel höher ist, als sich der Preisabbau im Arbeiterhaushalt auswirkt. Die Versammlung weiß, daß die Gewerkschaften nur widerwillig und dem Zwange des Gesetzes folgend diesen Abbau hinnehmen mußten. Trotz alledem steht die Versammlung treu zum Gesamt-Verband. Sie erkennt, daß es falsch ist, die Gewerkschaften dafür verantwortlich zu machen, daß durch das Diktat der Reichsregierung der Lohnabbau gesetzlich durchgeführt wird. Es müssen alle Kräfte konzentriert werden, um die organisatorische Schlagkraft der Arbeiterschaft in der nächsten Zeit zu steigern, damit, wenn am 30. April dieses Jahres die Bindung der Notverordnung fällt, es möglich ist, durch das geschlossene einheitliche Vorgehen aller Gewerkschaften das wieder wettzumachen, was der Arbeiterschaft jetzt aufgetrieben wurde. — Die Generalversammlung ruft alle Mitglieder zur entschiedenen Abwehr gegen die Volksfeinde auf, die die gegenwärtige Notlage zum Angriff gegen die mühsam erlangenen Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten benutzt haben. Unser Platz in diesem Abwehrkampf ist nur in der Eisernen Front gegeben. Die kommende Zeit wird harte Summeprobe Kämpfer brauchen. Es gilt, zur Eisernen Front zu stehen, Seite an Seite mit der gesamten freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft. Der Kampf geht gegen Unternehmertum und Faschismus sowie deren Helfer, die Kommunisten. Im Reichspräsidentenwahlkampf gilt es, den Sieg für Republik und Demokratie zu erreichen. Daher wird die Versammlung den Parolen der Eisernen Front folgen.“

Stuttgart. Die Generalversammlung am 16. Februar 1932 leitete Kollege Engelhardt mit einer Kennzeichnung der gegenwärtigen Wirtschaftslage ein. Die in fast allen Gruppen und Abteilungen des weitverbreiteten Organisationsgebiets des Gesamtverbandes wiederholt geführten Lohnverhandlungen machten eine Anzahl von Versammlungen notwendig. In einigen Gruppen und Betrieben versuchte die RGO. Eingang zu finden. Ein nennenswerter Erfolg ist nicht festzustellen. Die Unfähigkeit der RGO.-Strategen hat überall rasch ernüchternd gewirkt. Gewerkschaftsarbeit zu leisten verlangt eben etwas mehr als die RGO.-Helden zu geben vermögen. Aufklärung und Wissen ist der beste Schutzwall gegen die Lügenparolen und Verleumdungen der RGO. — Streitfälle vor dem Arbeitsgericht waren 171 ausgetragen. An rückständigem Lohn, Ueberstunden- und Tarifnachzahlung konnten insgesamt 12 033 Mk. erstritten werden. Rechtsschutzanträge liefen insgesamt 191 ein. Erzielt wurden Freisprüche in 59 Fällen, Strafermäßigung in 31 Fällen. Unerledigt blieben 21 Fälle, die anderen liefen zugunsten der Kollegen aus. Die von der Organisation bezahlten Kosten für Rechtsanwälte usw. betragen rund 8000 Mk. — Der Kassenbericht, erstattet von dem Kollegen Hoß, zeigt ein gutes Ergebnis. Durch sparsamste Geschäftsführung konnten die stark verminderten Einnahmen ausgeglichen werden. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresende 1931 9230, der Kassenbestand nach Abzug der Gewerkschaftshaus-Neubauraten 55 000 Mk. — Der von der Verwaltung vorgeschlagene Umbau der ört-

lichen Verwaltung wurde einstimmig gutgeheißen. Zu der zahlenmäßig verminderten engeren Ortsverwaltung kommt noch eine erweiterte Ortsverwaltung, bestehend aus insgesamt 35 Mitgliedern hinzu. Die Neuwahlen brachten keine Veränderung; die bisherigen Funktionäre wurden wiedergewählt. Mit dem Gelöbnis und Schwur: Die Zeit der Worte ist vorüber. Nieder mit dem Faschismus! Noch lebt die Einheitsfront der Schaffenden! Der Gesamt-Verband steht zur Eisernen Front! wurde die Versammlung geschlossen.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Die Gewerkschaften und der Krieg im Fernen Osten. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in seiner Sitzung am 2. März mit den weltpolitischen Gefahren beschäftigt, die aus der Fortdauer des Krieges im Fernen Osten sich ergeben können, wenn der Völkerbund, dem Sinn seiner Existenz und seiner Aufgaben zuwider, sich weiterhin untätig verhält, obwohl es seine Pflicht gewesen wäre, diesen Krieg ohne Kriegserklärung schon vor Monaten aus eigener Initiative durch aktives Eingreifen zu beenden. Die allgemeinen Friedenssicherungsverträge, die in den letzten Jahren in feierlichster Form abgeschlossen wurden, verlieren durch diese Passivität des Völkerbundes, durch die Geheimdiplomatie der bewaffneten Großmächte und durch das unverantwortliche Verschleppen dringender Entscheidungen jede praktische Bedeutung. Der Bundesvorstand ist im Einvernehmen mit dem Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes der einmütigen Ueberzeugung, daß der Konflikt zwischen Japan und China niemals zu kriegerischen Aktionen dieses Ausmaßes hätte führen können, wenn die Signatarmächte des Versailler Vertrages, die den Völkerbund ins Leben gerufen haben und für das Maß seiner Aktivität verantwortlich sind, schon vor Jahren damit Ernst gemacht hätten, ihr Versprechen einzufahren, gemäß dem deutschen Vorbild die Abrüstung durchzuführen oder wenigstens einzuleiten. Die Gewerkschaften erwarten, daß die deutsche Reichsregierung in der Völkerbundsversammlung, die am 3. März zusammengetreten ist, ihren ganzen Einfluß aufbieten wird, eine klare Stellungnahme des Völkerbundes herbeizuführen, um den Krieg Japans gegen China zu beenden und wirksame Sicherungen gegen die Bedrohung des Weltfriedens sowohl bei diesen Verhandlungen wie in den Beratungen der Abrüstungskonferenz durchzusetzen.

RUNDSCHAU

Der Reinfall kommunistischer Denunzianten. Wie wir bereits mitteilten, hatten in Bärwalde III. Kommunisten es fertig gebracht, Vertrauensleute des Gesamtverbandes bei der Polizeibehörde zur Anzeige zu bringen, weil sie während des Weihnachtsfriedens unsere Werbeflugblätter verbreitet hatten. Erfolg: Staatsanwaltschaft erhebt Anklage, Verhandlung am Amtsgericht Bärwalde und Freispruch. — Rechtsanwalt Dr. Meyer II, Landsberg a. d. W., als Verteidiger, konnte an Hand der Werbeschriften den zahlreich anwesenden Arbeitern und dem Gericht Zweck und Ziele des Gesamtverbandes vor Augen führen. Wie hörchten die Arbeiter auf: 10 Millionen Mark Unterstützung in einem Jahre. Das war noch eine schöne Werbeveranstaltung für den Gesamt-Verband. Den Denunzianten kann man zurufen:

Ihr seid ein Teil von jener Kraft,
-die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Schlagt Hitler!

Jetzt ist der Termin gekommen
Jetzt wird jede Kraft gebraucht,
Jetzt wird ihm das Maß genommen,
Jetzt wird der Faschismus gestaut
und getaucht,
Jetzt wird er gezeichnet als das, was
er ist,
Eine Minderheit, die der Abgrund
frißt.
Das andre kommt später dran:
Eine Parole geht alle an:
Schlagt Hitler!

Jetzt wird die Schlacht geschlagen,
Jetzt wird jede Stimme gezählt.
Jetzt sollen die Zahlen sagen:
Hitler siegt niemals legal und ge-
wählt!
Faschismus heißt Putsch und
Diktatur,
Faschismus eine Minderheit nur!
Eine Parole geht alle an —
Danach ist zum Weiterkämpfen Bahn
Schlagt Hitler!

Peter Dud

BRIEFKASTEN

Angerburg. Richten Sie Ihre Anfrage an die Fachgruppe Friseur des Gesamtverbandes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4. Im übrigen: Warum anonyme Anfrage?

Die Kluff

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

X.

Der Vorsitzende eröffnete die Arbeiterversammlung mit dem Vorlesen der von London erhaltenen Instruktionen. Die Männer, denen sofortige Arbeitsniederlegung befohlen wurde, gaben laut und vernehmlich ihren Beifall kund. Dazwischen klang das dumpfe Murren der Mechaniker: „Warum wir nicht auch? Warum nicht sofort reinen Tisch machen?“

Doch der Vorsitzende, ein Gewerkschaftler der alten Schule, bewahrte seine Ruhe.

„Genossen, dies sind die Verfügungen der Zentrale, und ihr habt sie zu befolgen. Ein Kampf ohne Disziplin ist aussichtslos. Und jetzt erteile ich das Wort einer würdigen Genossin, die aus London kam, um die Situation klarzulegen.“

Joan hatte ihren Mantel abgelegt und trat vor in ihrem leuchtend roten Kleide. Das magere, von schwarzem Kraushaar umrahmte Gesichtchen glühte vor Hitze und Erregung. Von dem dunklen Männerhaufen auf der Empore hob sie sich ab wie eine lebende rote Flagge — der Geist der Revolution. Ueber eine große Stimme verfügte sie nicht — aber sie verstand ihre Mittel zu gebrauchen. Ihre Aussprache war sehr klar, und die musikalische Klangfarbe ihres Organs trug jedes Wort weit hinaus in den Saal.

Eindrucksvoll schilderte sie die Vorgeschichte — die ungeheuren Kriegsprofite der Bergwerke, das plötzliche Abflauen der Preise im Jahre 1921, das hartnäckige Beibehalten alter Methoden, das Fußen der Grubenbesitzer auf längst überholten Vorrechten, die Bewilligung von vierundzwanzig Millionen Pfund fiskalischer Unterstützungsgelder, um den Gruben über den Winter hinwegzuhelfen, sowie die Vergeudung dieser enormen Summe und schließlich die zum 1. Mai angedrohte Entlassung. Sie verkündete ihren Zuhörern kaum etwas Neues, doch die Art, wie sie es ihnen darstellte, war aufreizend, schrecklich, erschütternd.

„Mein Gott, liegt denn alles Unrecht nur auf unserer Seite?“ fragte sich Miß Meadows, betroffen von des Mädchens Bitterkeit.

Jetzt erbehte Joans Stimme in tiefer Leidenschaft, als sie von dem Wunsch des Kongresses nach Frieden, von seinem steten Bereitsein zu Verhandlungen sprach. Sie zitierte das Wort des Eisenbahnführers: „Noch nie in meinem Leben habe ich so gebettelt, doch es war umsonst.“

„Was sollen wir machen, wenn die Regierung durchaus den Krieg will?“ rief die junge Stimme in den Saal. „Nur eins können wir: den Kampf aufnehmen!“

Der Beifallsturm, der diesem Satz folgte, rüttelte an dem Gebäude. Mary Maud suchte unwillkürlich Anthony Dacres Gesicht — sein Blick hing an dem zierlichen roten Figürchen. Nach einer Weile begann Joan von neuem, verbreitete sich über das Elend in den Bergwerksregionen, über die Armut in den Eisen- und Stahlzentren, über den Mangel in den Webereidistrikten... Im Kampf gegen ähnlichen Jammer zermürbten sich ihre Zuhörer in ihrem eigenen täglichen Leben. „Die Bergleute vorweg!“ rief sie ihnen zu. „Denn wenn man sie niederringt, sind wir alle Sklaven.“

Und wieder brauste das Toben los — Frauen weinten, Männer hoben drohende Fäuste — und wieder ebhte es ab. Schon über eine Stunde hatte Joan gesprochen, und noch einmal raffte sie ihre Kräfte zusammen, eine letzte Herausforderung an die Befehlshaber:

„Wo unter Tage die Erde birzt,
Sind wir lebendig für euch begraben.
Und wo ein Wrack im Sturme treibt,
Mit uns als Mannschaft ist es beladen.“

Wo Webstuhlfron die Knochen bricht,
Wo Lungen frißt der giftigen Schwaden Blut,
Für euren Reichtum zahlten wir den Preis,
Mit unserm Blut!“

Niemand hätte sich nach dieser Rede noch zum Worte melden mögen. Die Reihen öffneten sich, und unter dem Schweigen der ergriffenen Menschen schritt Joan langsam hinaus... Irgendwie gelangte sie in ein Auto, sank erschöpft in die Kissen zurück. Irgendwie tauchte auch Mary Maud nebst Anthony und dem Gewerkschaftssekretär auf, und der Wagen bahnte sich mühsam einen Weg durch das Gedränge. Als des Sekretärs Frau das bleiche Gesichtchen gewahrte, tat sie das einzig Richtige: sie packte das junge Mädchen ins Bett.

Dacre geleitete Miß Meadows, in deren Seele Bewunderung mit Furcht stritt, zu dem Hotel, wo für sie alle Zimmer vorbebestellt worden waren und verabschiedete sich sofort, um Blain zu suchen. Rasch schritt er die ärmliche, schmuddlige Hauptstraße entlang.

Überall an den Straßenecken tauschten Gruppen von Männern ihre Meinungen über die Versammlung aus, und einmal hörte er, wie eine tiefe Stimme in Yorkshirer Dialekt äußerte: „Das war ein kreuzbraves Mädel!“ —

Als sie anderen Tages wieder am Gordon Square im Hause Mary Mauds anlangten, saß im bequemsten Sessel des Wohnzimmer William Royd.

„Sie sagten, daß ich kommen dürfte“, entschuldigte er sich lachend, indem er aufstand, um Mary Maud zu begrüßen.

„Und ich freue mich sehr über Ihr Kommen. Während des Streiks halte ich offenes Haus — Essen, Bad, Schlaf, alles nach Ihrem Belieben.“ Miß Meadows bedauerte es aus tiefstem Herzen, daß sie nicht die gesamte Bergarbeiterschaft füttern konnte.

„Guten Erfolg gehabt?“ wandte sich Royd an Joan.

„O ja. Aber das ist so nebensächlich. Schnell, was gibt's hier Neues?“ drängte Joan ungeduldig, einen niedrigen Hocker neben Royds Sessel schiebend. „Ich stehe von diesem Platz nicht eher auf, als bis ich alles gehört habe.“

„Geht der Streik weiter?“ Blain blickte argwöhnisch auf den Arbeiterführer hinab.

„Mehr oder weniger.“

„Was heißt das: „Weniger?“ Lassen Sie uns das Schlimmste hören. Hat der Mann...“

„Still sein, Gern“, befahl Mary Maud. „Bitte, Mr. Royd, erzählen Sie der Reihe nach. Gingen Sie zur Downing Street, nachdem wir uns trennten?“

„Nicht sofort, denn der Premierminister ließ uns mitteilen, daß er uns um neun Uhr erwarte, und die Zusammenkunft dauerte bis drei Uhr früh.“

„War Cook dabei?“ Joan hatte das Kreuzverhör bereits wieder übernommen.

„Nein, und das behinderte uns ungemein. Nach Schluß des Kongresses war überhaupt die ganze Bergarbeiterexekutive mit dem ersten Zug abgedampft.“

„Donnerwetter!“ Blain, der lang ausgestreckt auf dem Teppich lag, richtete sich halb auf. „Sind die so vertrauensselig?“

„Bergleute zieht es heimwärts wie Brieftauben. Nicht eine einzige Sekunde würden sie ohne zwingendste Notwendigkeit in London verweilen“, erklärte Royd. „Also Baldwin empfing uns sehr liebenswürdig und schlug dann vor, daß drei von uns mit ihm, Lord Birkenhead und dem Arbeitsminister verhandeln sollten — ich vergesse immer wieder den Namen von diesem feierlichen Menschen, der aussieht wie ein Plymouthbruder und spricht, als hätte er einen Just bei etwas ertappt.“

„Sir Arthur Steel-Maitland.“ Joan schnurrte den Namen so rasch herunter, daß alle lachten.

„Stimmt. Offenbar hat er nicht dreinzureden, wenn Birkenhead zugegen ist, und begnügt sich mit einer imponierenden Pose.“

„Ist das nicht ein bißchen scharfes Urteil?“ warf Dacre ein. „Ich hörte von ihm immer als einem guten Kenner unserer wirtschaftlichen Verhältnisse sprechen.“

„Mag sein. Jedenfalls ist ihm, seitdem er von Charles Booth durch das dunkelste London geführt wurde, ein Licht aufgegangen, daß manche Arbeiter ein größliches Dasein haben.“

„Und das ist ein fataler Seelenzustand für einen konservativen Minister“, schloß Joan.

„Nicht so voll Bitterkeit sprechen“, begütigte Mary Maud.

„Und dann, Mr. Royd?“

„Zu diesen Verhandlungen wurde ich natürlich nicht zugezogen. Aber um zwei Uhr erschien unser Generalsekretär mit einer Formel.“

„Herrliches Wort!“ knurrte Blain.

„Es war ein Modell von Herrlichkeit und besagte: Der Premierminister hat sich überzeugt, daß die Gewerkschaftsführer — sofern die Kündigungen der Bergarbeiter zurückgezogen und die Verhandlungen fortgeführt werden — die Zuversicht hegen, innerhalb der nächsten vierzehn Tage einen Vergleich zustande zu bringen.“

„Was bedeutet das?“ fragte Dacre, seine Pfeife ausklopfend.

„Die Bergleute während dieser vierzehn Tage ins Bockshorn jagen, damit sie in die Lohnherabsetzung willigen“, entschied Joan kurz und bündig, noch ehe Royd antworten konnte.

„Nun... nicht unbedingt für die Dauer“, erwiderte ihr Chef.

„Nach des Premierministers Behauptung bedeutet es: Neuordnung von Eöhnen und Schichten, bis wir sehen, wie sich die Dinge auswirken.“

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO16, Michaelkirchplatz
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO36, Schäfersche Straße 42